C 21246 E

Atombomben auf Vietnam ?

Seite 5

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 2 vom 20. Januar 1973 6. Jahrgang 50 Pfennig

Weltweiter Angriff auf US - Kriegsverbrecher

Australien:
Nach wie vor weigern sich die Hafenarbeiter, amerikanische Schiffe zu entladen. Das ist ihre Antwort auf den Bombenterror in Vietnam. Kein Schiff kann amerikanische Waren löschen, gleich unter welcher Flagge es einläuft. Die Schlepperhilfe beim Einlaufen in die Häfen wird auch verweigert. Die zehn australischen Hafenarbeitergewerkschaften haben Nixon das Ultimatum gestellt, bis zum 11. Januar den Vietnamkrieg zu beenden. Andernfalls würden sie beginnen, auch gegen US-Industrieunternehmen und -Waren den gleichen Boykott zu verhängen.
Ein US-Containerschiff, die 'Austral Envoy', will die gewerkschaftliche Blockade durchbrechen und es auf einen Zusammenstoss mit den Hafenarbeitern ankommen lassen. Die Kollegen in Melbourne lassen es auch drauf ankommen.

Philippinen
2 000 Partisanen haben Regierungstruppen der US-Marionette Marcos angegriffen und vertrieben. Seit Monaten regiert Marcos mit dem Kriegsrecht. Die US-Militärs reden bereits von einem neuen Vietnam auf den Philippinen. Der Kampf der in den elendsten Verhältnissen vegetierenden philippinischen Bauern und Arbeiter gegen die US-Monopole und ihren Anhang richtet sich auch gegen die beiden riesigen US-Marine und -Luftwaffenstützpunkte auf der Hauptinsel.

Spanien
Mehrere militärische Einrichtungen der US-Imperialisten fliegen in die Luft. Die Scheiben amerikanischer Banken sind bevorzugtes Angriffsziel spanischer Demonstranten, die gegen die Hintermänner der Franco-Faschisten kämpfen.

Frankreich
Das amerikanische Generalkonsulat in Bordeaux wurde von empörten Gegnern der US-Aggression gegen Vietnam gestürmt. Sie malten mit roter Frabe Parolen gegen Nixon an die Wände und verbrannten eine US-Flagge.

USA
In Washington wird am 20. Januar eine Grossdemonstration stattfinden, der 'Marsch gegen den Tod'.

Niederlande
In Utrecht demonstrierten 50 000 Holländer gegen die US-Vietnampolitik. Der Demonstrationszug war 7 Kilometer lang.

Bundesrepublik
Die Bibliothek des Frankfurter Amerikahauses brannte zum fünften Mal. Rund 1 000 Bücher und die gesamte Inneneinrichtung gingen drauf.

In der Nacht zum 23. Dezember brannte es im Arbeitsamt des 5. US-Corps in der Frankfurter Hansaallee.

In Westberlin, Hamburg, Bonn, Stuttgart, München und anderen Städten demonstrierten Tausende gegen den US-Völkermord. 25 000 Menschen demonstrierten in einem riesigen Zug am 14. Januar durch Bonn (siehe Seite 5).

Überall flogen während und nach der Demonstration Flaschen und Steine in die Fenster von Amerikahäusern, US-Banken und US-Firmen. Mit viel Erfolg wurden Geldspenden und Unterschriften für Vietnam gesammelt.

Organisationen und Personen des 'öffentlichen Lebens', die gewiss nicht den wirklichen Klassenkampf im Sinn haben – z.B. DGB-Führer, Juso-Häuptlinge, kirchliche Verbände, ein grosser Teil der Presse – mussten der allgemeinen Proteststimmung mit Erklärungen gegen den US-Krieg Rechnung tragen.



Bonn, 14. Januar: Kampf gegen den Imperialismus und seine Handlanger

Amerikahäuser sind kein Heiligtum

Wegen 'Beleidigung fremder Staatspersonen' hat die Westberliner Polizei fünf Demonstranten festgenommen. Sie waren mit Schildern um das Amerikahaus herumgegangen. Auf den Schildern stand: "Nixon ist ein Mörder" und "Hier schützt die Westberliner Polizei das Kulturhaus einer Mörderbande." Ist Nixon denn kein Mörder? Was dann? Die Bilder und Berichte aus Vietnam zeigen, dass Nixon die Nachfolge des Völkermörders Hitler angetreten hat.
Es wäre eine Heuchelei ohnegleichen, wenn man angesichts der rauchenden Trümmerfelder Vietnams, der Bombenruinen und ungezählter gefolterter, von Napalm verbrannter und verstümmelter Menschen die Taten mutiger Kämpfer gegen US-Institutionen ablehnt. Das haben sich die US-Gangster selbst zuzuschreiben. Wer in der Welt im SS-Stil regiert, kann sich nicht beschweren, wenn's ihm an die Gurgel geht.

Wer heute zetert, wenn Amerikahäuser brennen, der steht bei denen, die ganze Kontinente ausbeuten und unterdrücken. Nicht die empörten Menschen, die von ihrem Gewissen getrieben, Zuchthaus und den Ruin ihres persönlichen Lebens riskieren, sind 'kriminelle Elemente'. Krimineller Abschaum der Menschheit ist die Gangsterbrut im Weissen Haus, im Pentagon, in den Bankpalästen der Wallstreet, in den Etagen der internationalen Hochfinanz. Kriminelle der schlimmsten Sorte sind die amerikanischen Freunde von Willy Brandt!

"Es liegt in unserer Hand!"



Frankreich, Kampf bei Comurex: "Fabrik von Arbeitern besetzt – für die 40-Stunden-Woche – für 150 Francs mehr für alle" (Transparentaufschrift)

Betriebsversammlung bei Mannesmann in Duisburg. Der Betriebsrat gibt das Ergebnis der "harten Verhandlungen" mit den Stahlbossen bekannt: 46Pf. Die Antwort: Pfiffe, Buhrufe. Und dann am Mikrofon Abrechnung mit dem Verrat der IGM-Bonzen. Ein Kollege nach dem andern kommt nach vorn.

"Bei der Urabstimmung haben wir zu 97% mit Streik gestimmt. Und dann dieses Ergebnis. Ich frage mich: Was hat die Führung eigentlich gemacht? – Zwischenruf: "Sie hat uns verraten!" – Das sind nicht die Leute, die unsere Interessen vertreten." "Als vorhin der Betriebsrat den 46Pf-Abschluss bekanntgab, da haben wir alle Buh gerufen. Für die Presse ist die Tarifrunde sogar schon vorbei. Aber Kollegen: Es liegt in unserer Hand, ob schon alles vorbei ist, oder ob wir mehr kriegen!" Tosender Beifall.

Fortsetzung Seite 3

Manöver: REFORGER 4 hat begonnen!

Bis zum 14. Januar wurden über 10 000 US-Soldaten nach Stuttgart, Ramstein und Frankfurt eingeflogen. Damit hat ein riesiges NATO-Kriegsmanöver von insgesamt 40 000 amerikanischen, kanadischen und westdeutschen Soldaten begonnen. Die ersten Manöver sollen am 16. Januar in den Bereitstellungsräumen Sinsheim, Karlsruhe und Heilbronn beginnen und sich bis März hinziehen.

Was zeigt dieses Manöver? In diesem Jahr sollen in Helsinki die Verhandlungen über die sogenannten 'Truppenreduzierungen in Mitteleuropa' beginnen. In Wirklichkeit geht es bei diesen Verhandlungen der beiden Supermächte darum, ihre militärische Vorherrschaft in Europa zu erhalten und zu festigen, gleichzeitig aber Soldaten und Kosten für ihre Armeen in Europa zu sparen. Soldaten und Geld brauchen sie immer dringender in Indochina, Nahost, im Zarenreich und in der USA selbst, – kurz, überall, wo der Freiheitskampf der Völker entflammt.

Mit dem 'Big-Lift'-Manöver wollten die USA-Imperialisten zum einen beweisen, dass ihr Kriegsschwert immer noch in voller Stärke über Europa schwebt. Zum anderen wollen sie die enge Verbundenheit der Natopartner demonstrieren. Das ist ihnen jetzt umso wichtiger, als seit dem 1. Januar die europäischen Imperialisten eine 'Gemeinschaft' bilden, die versucht, dem US-Konkurrenten immer mehr das Wasser abzugraben.

Aber die USA hat auch immer noch ihren besten Verbündeten im westdeutschen

Fortsetzung auf Seite 2

REFORGER 4 ...

imperialismus. In Bonn weiss man, dass das Klirren der NATO-Waffen an der Grenze der DDR die beste 'Verhandlungsgrundlage' sind für die Politik der Einverleibung der DDR. Ausserdem hofft man in jeder Hinsicht von den amerikanischen Freunden zu profitieren, z.B., was die Beschaffung neuer Waffen aus den USA oder was den ungehinderten Export von Volkswagen in die USA angeht. Aber das will sich Washington auch in anderer Form bezahlen lassen.

Laird, alter Vietnam-Krieger und NATO-Beauftragter, sagte dazu: "Unsere Alliierten, besonders diejenigen, die starke und blühende Wirtschaften durch den leichten Zugang zu den amerikanischen Märkten entwickelt haben (–also die BRD), während sie den Luxus eines nuklearen Verteidigungsschildes (–durch die USA) genossen haben... müssen zu der Einsicht gebracht werden, dass auch sie Verantwortung und Lasten für ihre eigene Sicherheit und den

Fortsetzung von Seite 1

Fortschritt der freien Welt zu tragen haben." (SZ, 10.1.)

Im Klartext: Die westdeutschen Steuerzahler sollen noch mehr als bisher für die Rüstungen der US-Army und der Bundeswehr bluten.

Kein Wunder, dass Brandt kein Wörtchen der Kritik am Völkermord der USA in Vietnam finden konnte. Schliesslich ist er ja selbst bestrebt, dass der westdeutsche Imperialismus eben solche "Beiträge für die Sicherheit und den Fortschritt der freien Welt" leistet, wie es Laird forderte und wie sie der USA-Imperialismus in Vietnam und überall auf der Welt bereits zur Genüge demonstriert.

NIEDER MIT DER NATO!

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN UND US-IMPERIALISMUS!

DIESEM SYSTEM KEINEN MANN UND KEINEN PFENNIG!

Die Zechenkiller

Vor den Wahlen bekundeten sämtliche Vertreter der bürgerlichen Parteien den Bergleuten: Wir lassen Euch nicht im Stich. Als großes Wunder wurde der energiepolitische Gesamtplan der Bundesregierung gepriesen. Jetzt ist das 'Wunder' da: 20 000 Bergleute der Ruhrkohle AG sollen bis Ende 73 auf die Straße fliegen. Das bedeutet Entlassung für jeden 8. Bergmann.

Einzige Sorge des IGBE-Vorsitzenden Schmidt dabei – diese Entlassungen sollen genauso 'geräuschlos über die Bühne gehen' wie die Massenentlassungen im letzten Jahr, bei denen rund 30 000 Beschäftigte der RAG ihren Arbeitsplatz verloren.

Zu verhindern, dass die Kumpels ihrer Empörung Luft machen, dass es zu Streiks und Demonstrationen gegen die Zechenkiller kommt, das ist die Aufgabe, die die Kapitalistenknechte in der IGBE bei dem gegenwärtigen Gerangel um den Steinkohlebergbau übernehmen. Der Streit geht darum, wie die Stahl-, Chemie- und Elektrizitätskonzerne am billigsten an ihre Energie kommen.

Die 'billigste Energie' für die Kapitalisten war schon immer die, die sie durch die Ausplünderung der Rohstoffquellen anderer Völker, durch die Ausbeutung der Arbeiter in den unterdrückten Ländern gewinnen konnten. Darum die Jagd der westdeutschen Konzerne nach Erdöl und Erdgas. Darum auf der anderen Seite Zechenstillegungen und immer grössere Arbeitshetze der Kumpels bei uns. Nicht zufällig ist die RAG gerade zu dem Zeitpunkt gegründet worden, als die Jagd nach dem Erdöl begann. Und der Hauptzweck der RAG wird heute von den Zechen- und Stahlherren auch offen genannt. Organisierte Rationalisierung, sprich: Stillegungen und verbilligte Kokskohle für die Stahlkonzerne auf Kosten des Steuerzahlers.

Das aber reicht den ehemaligen Gründern der RAG heute nicht mehr. Thyssen-Chef Sohl forderte vor kurzem von der Regierung den zollfreien Import von Kohle ausserhalb der EWG. Er drohte, aus der RAG auszusteigen, wenn das nicht geschehe.

Die Bundesregierung hat diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstanden. Sofort wurde versichert, dass höhere Subventionen für die Stahlindustrie im 'energiepolitischen Gesamtplan' berücksichtigt würden. IGBE-Schmidt blies ins gleiche Horn. Er fordert: Weiterzahlung der Kohlenkoksbeihilfe, Geldgeschenke ausserdem auch an die Elektrizitätswirtschaft, ausserdem empfiehlt er die Gründung einer Staatsgesellschaft zwecks Übernahme der Altschulden der RAG von insgesamt 2,5 Milliarden DM. Eine Forderung, die auch Abs, der Boss der Deutschen Bank erhebt. Eine Tatsache, die deutlich zeigt, in welcher Gesellschaft sich die Führer der D'K'P befinden, wenn sie als Kampfziel der Bergarbeiter die Verstaatlichung anpreisen – in der Gesellschaft des Monopolkapitals.

Aber Sohl geht es nicht nur um die Finanzierung seiner Rationalisierungspläne im Ruhrbergbau und um billige westdeutsche Kohle. Nicht umsonst droht der Thyssenchef mit der billigen Überseekohle. Denn die westdeutschen Stahlherren streben verstärkt nach der Ausplünderung fremder Rohstoffquellen, nach der Ausplünderung der billigen Arbeitskräfte fremder Länder. So haben sich zum Beispiel auch die Hoesch-Herren durch die Fusion mit Hogoovens in den Besitz überseeischer Kohle, z.B. in Indonesien gebracht.

Aber auch nicht um die Kohle allein gehts. In einer Zeit, wo Erdöl und Erdgas rund die Hälfte der Energieversorgung ausmacht, streben die Herren von Kohle und Stahl natürlich auch hier zu einer Machtstellung auf dem Weltmarkt. So baut die Firma Thyssen Stahlexport eine Erdölraffinerie im Iran, VEBA (auch in der RAG) soll hier Erdölquellen ausbeuten, in Lybien steckt die RAG über die Firma DEMINEX im Erdölgeschäft. Und auch bei diesen Geschäften grosszügige Bürgschaften aus Steuergeldern!

Die Rationalisierungspeitsche für die Kumpels an Rhein und Ruhr, imperialistische Raubzüge in fremde Länder – die Herren von Kohle und Stahl haben sich nicht geändert.

Volksfront oder Revisionistenfront

Mitterand, Führer der 'Sozialistischen' Partei Frankreichs, hatte 'sozialistische' Regierungschefs wie Wilson aus England, Kreisky aus Österreich, Palme aus Schweden und Golda Meir aus Israel zu einem Treffen nach Paris am 13. Januar eingeladen. Alle kamen außer Brandt. Die SPD schickte nur 'zweite Garnitur'. Neben der Angst, es könnten auf dem Kongreß Resolutionen gegen den US-Bombenterror der amerikanischen Freunde Bonns zur Diskussion kommen, wollte Brandt es auch nicht mit dem Ministerpräsidenten Pompidou verderben. Der hatte nämlich dieses Treffen als Wahlpropaganda der 'Volksfrontparteien' gegen seine Partei, die Gaullistische Partei, verurteilt.

Heute schon liegt das 'Volksfrontbündnis' bei Wählerumfragen weit vor den Gaullisten. Die revisionistische 'K'PF, die mitgliederstärkste Partei des Landes, die 'Sozialistische' Partei Mitterands und die Radikalsozialisten haben sich auf ein gemeinsames Programm geeinigt und führen den Wahlkampf mit gemeinsamer Strategie. So hoffen sie Anfang März die Wahlen in Frankreich zu gewinnen und eine 'Volksfrontregierung' zu errichten.

Volksfrontregierung? Was ist das?

Die Volksfronttaktik wurde von dem Marxisten-Leninisten Georgi Dimitroff auf dem 5. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 entwickelt. Die Volksfronttaktik kann unter bestimmten Bedingungen des Kampfes angewandt werden, um der faschistischen Gefahr entgegenzutreten, um die Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen und die Massen an die proletarische Revolution heranzuführen. Dimitroff nannte als die notwendigen Bedingungen: eine breite proletarische Einheitsfront, eine stürmische Massenbewegung gegen den Faschismus, die Desorganisation des bürgerlichen Staatsapparates, die Isolierung der Reformisten.

z.B.: SPANIEN

Die kommunistische Volksfronttaktik wurde z.B. im Spanien der dreissiger Jahre (im wesentlichen) korrekt angewendet. Die Volksfrontregierung in Madrid trug dazu bei, die Massen gegen die Franco-Truppen zu führen, die 1936 an der Küste Spaniens gelandet waren. Und das, obwohl die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Parteien in der Volksfrontregierung weit stärker vertreten waren, als die Kommunistische Partei Spaniens. So hatte die anarchistische Partei z.B. 30 % der Stimmen. Die Kommunistische Partei Spaniens aber hatte noch 1931 erst 5 000 Mitglieder. Durch die Anwendung der richtigen Taktik konnten die Kommunisten aber erreichen, dass die Volksfrontregierung Waffen an das Volk austeilte, die Massen mobilisieren und organisieren half.

Zurückdrängung der Monopole

Auf dem 20. Parteitag der 'K'PF im Dezember entwickelte der neue Vorsitzende der Revisionisten Frankreichs, Marchais, sein Programm des Volksbetrugs: Nationalisierung von 9 Grossbetrieben und aller Banken, 'Zurückdrängung der Macht der Monopole' durch verschiedene Gesetze – das sei das Programm der 'Volksfront'. Es ist klar, dass dieser Revisionistentrick überhaupt nichts mit der Volksfront im damaligen Spanien zu tun hat. Weder herrschen im heutigen Frankreich die Bedingungen, die Dimitroff dafür angegeben hat, noch haben Kommunisten jemals die 'Taktik' gehabt, Verstaatlichungen (und ähnliche Massnahmen im Kapitalinteresse) durch das bürgerliche Parlament, als 'Fortschritt für die Arbeiterklasse' auszugeben.

Das 'Volksfrontprogramm' der französischen Revisionisten ist eine einzige Anbiederung an die Bourgeoisie. In ihrer Gier nach Ministersesseln ist die 'K'PF sogar bereit, die 'Existenz der Nato und der EWG anzuerkennen'. Marchais: "Das demokratische Frankreich (also die Revisionistenregierung – RM) wird an den Aktivitäten des gemeinsamen Marktes mit dem Willen teilnehmen, ihn von der Vorherrschaft des Kapital zu befreien."

Die EWG, die einzig im Interesse der Monopole und in deren Auftrag aufgebaut wurde, soll also durch das Armheben 'kommunistischer' Abgeordneter im Europa-Parlament zu einer Organisation für die Arbeiter 'umgestimmt' werden. Verfügen denn die Monopolherren Westeuropas nicht immer noch über das Militär, über Presse, Film, Funk, über Polizei und Justiz? Werden denn die Monopolherren, die solche Machtmittel besitzen, sich 'friedlich' durch den Stimmzettel zum Abtritt bewegen lassen? Bestimmt nicht!

Täglich verschärft sich der Terror der französischen Bourgeoisie gegen die wirklichen Kommunisten, gegen unsere Genossen von der PCMLF (Kommunistische Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten), die seit 4 Jahren bereits verboten ist.

Das kann natürlich den Revisionisten nicht passieren. Die braucht ja die Bourgeoisie, um die gewaltige französische Arbeiterbewegung vom revolutionären Kampf abzuhalten. Denn zu nichts anderem dient der Betrug von der angeblichen 'Volksfront' in Frankreich: Die Arbeiterbewegung soll an den Parlamentsschwindel gefesselt werden!




Lenin im Land von Pepsi-Cola und der schwarzen Reaktion: Polen 1972. Die revisionistische Giereck-Clique in Polen spürt täglich mehr, daß die Ideen und Taten Lenins in der polnischen Arbeiterklasse unvergessen sind. Die polnische Arbeiterklasse hat die Devisen-Dollars für das amerikanische Gesöff mit harter Arbeit und Verelendung zu bezahlen, und noch muß sie das immer offenere Auftreten der volksverdummenden Nonnen und Priester mitansehen. Aber nicht mehr lange. Unter Führung der Kommunistischen Partei Polens wird der herrschenden Revisionisten-Clique täglich mehr an den Kragen gegangen.

Unsere Waffe: ROTER MORGEN!

Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung!

Datum	Spender	Betrag
4.01.1973	Arbeitertreff Mannheim	DM 29,35
5.01.1973	M K., Kiel	DM 15,–
5.01.1973	F.P., Köln	DM 50,–
5.01.1973	R.T., Bielefeld	DM 15,–
5.01.1973	RF-Verlag, Kiel	DM 33,75
8.01.1973	Wahlboykottveranstaltung Ffm	DM 23,–
8.01.1973	KSB/ML Marburg	DM 134,60
8.01.1973	Veranstaltung Essen	DM 101,82
8.01.1973	Ch.B., Ffm	DM 6,–
8.01.1973	Genossen aus Augsburg	DM 100,–
8.01.1973	E.L., Aachen	DM 15,–
8.01.1973	Sylvesterfeier Kiel	DM 93,96
9.01.1973	Giessen	DM 460 –
9.01.1973	G.R., Ffm	DM 105,–
		DM 1182,48



Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion:
G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

Bestellungen an Vertrieb:
87 Würzburg, Postfach 612

Postscheckkonto:
Hamburg: Nr. 26 27 67 – 203 (Verlag Ernst Aust)

Verantwortlicher Redakteur:
Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck.

Erscheinungsweise: wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben).
Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen.
Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Fortsetzung von Seite 1

Es liegt in...

Der Betriebsrat, schweissgebadet, versucht die Versammlung nach Hause zu schicken. Ohne Erfolg. Sprechchöre branden auf. Herbert, Herbert!" Der Kollege aus dem Profilwalzwerk ans Mikrofon. Und wieder gehts dem Betriebsrat mit seiner Verratspolitik an den Kragen. Der DGB-Bonze Hahn aus Duisburg geht zum Mikrofon. Aber reden kann er nicht. Ein Pfeifkonzert beginnt, wie es die Halle noch nicht erlebt hat.

Hahn brüllt: "Ihr in der anonymen Masse, ihr könnt den Mund weit aufreissen. Aber nach vorne zu kommen, da traut sich keiner." Denkste! Ein älterer Kollege stürmt nach vorn: "Du hast uns beschissen – scher dich raus. Mit solchen Verrätern wollen wir nichts zu tun haben." Daraufhin Hahn, sichtlich eingeschüchtert: Darf ich auch mal was sagen?" Der Kollege: "Du lügst ja doch!" Tosende Begeisterung bei den Kollegen. Hahn verkriecht sich auf seinen Platz und macht den Mund nicht mehr auf.

Für die Kollegen aber war klar: Am Donnerstag wird gegen die 46Pf gestimmt – für Streik. Die gleiche Streikstimmung in den anderen Stahlbetrieben. Viele lehnen die Urabstimmung als einen Trick ab. Ein Kollege bei Hoesch: "Was soll das. Ich hab schon abgestimmt, ich will jetzt streiken!" Zur gleichen Zeit: Warnstreiks in der Metallindustrie. 20 000 Metallarbeiter in Nordbaden-Nordwürttemberg werfen am Mittwoch und Donnerstag die Brocken hin.

Noch nie war die Kampfstimmung so entschlossen. Klarer als im letzten Jahr ist auch: Es kommt auf uns Arbeiter an, die Bonzen stehen auf der anderen Seite der Barrikade.

In der Tat, den Bonzen war diesmal jedes Mittel recht, um die Profite der Stahl- und Metallkapitalisten zu sichern. Schon ihre Forderung nach 11% oder 60Pf war eine offene Kampfansage an die Lohnforderungen, die von den Arbeitern in den Betrieben aufgestellt wurden. Bei den gestiegenen Preisen nichts anderes, als Lohnraub. Die getrennten Verhandlungen für Metall- und Stahlarbeiter, für Arbeiter aus den verschiedenen Ländern – ein klares Überrumpelungsmanöver! Der Termin für die zweite Urabstimmung bei Stahl – am Tag, wo der Streik beginnen sollte – ein hinterlistiger Trick, um den Kampf zu verhindern. Dazu ihre Manöver in den Betrieben: Warnungen an die streikbereiten Kollegen, nicht "leichtfertig das Wohl der Familien aufs Spiel zu setzen", Einschüchterungsversuche mit "Streikschulungen", die keinen anderen Zweck hatten, als den Kollegen weiszumachen, streiken sei so kompliziert, dass das kein einfacher Arbeiter organisieren könne. Dazu stillschweigende Zustimmung zum Terror der Kapitalisten in den Betrieben. Bei Krupp in Bochum wurde zum Beispiel ein Kollege, der offen für Streik geredet hatte, gleich gezwungen, seinen Urlaub zu nehmen – der Betriebsrat stand dabei.

In Dortmund erteilten die Bonzen ihren "Streikposten" den Auftrag, bei einem Streik die Polizei bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Das zeigt klar: Bei der offenen Kampfansage der Kollegen an die Herren von Metall und Stahl und die Bonzen von der IGM zeigen diese Kapitalistenknechte in der Gewerkschaftsbürokratie und im Betriebsrat immer offener dass sie tatsächlich Arbeiterzertreter sind – genauso brutal und skrupellos wie die herrschende Klasse auch.

Aber sie erreichen damit nur eins: Dass immer mehr Kollegen deisen Verrätern ein offenes Nein entgegenschleudern. 76,3% gegen die 46Pf – für Streik war das Ergebnis der zweiten Urabstimmung bei Hoesch. Weit über die Mehrheit der Stahlarbeiter ist nach wie vor für den Kampf. Es ist also keine Frage: Für die Arbeiter der Metall- und Stahlindustrie ist der Lohnkampf nicht zu Ende. Und diesmal wird auf die Gewerkschaftsführung nicht gewartet. Der Streik wird von den Arbeitern selbst organisiert!

Die Gewerkschaftsopposition kämpft

Nach dem Schandabschluss von 46 Pfennig für die Stahlarbeiter verteilten die Funktionäre der IGM ihr Flugblatt in den Betrieben: 'Kampfbereitschaft der Kollegen erzwang ein akzeptables Ergebnis'. Bei Krupp in Bochum konnte man das Flugblatt kurz darauf am schwarzen Brett wiederfinden – etwas verändert. Jetzt klebte nämlich vor dem 'ein' ein ausgeschnittenes 'k' – (k)ein akzeptables Ergebnis.

Völlig anders erging es dem Flugblatt, das die Gewerkschaftsopposition nach dem Schandabschluss verteilte. Das wurde in den Abteilungen der Betriebe diskutiert. Bei Thyssen in Duisburg zum Beispiel las es sogar ein V-Mann der versammelten Abteilung vor. Kommentar: "Das hätte schon viel eher verteilt werden sollen." Das zeigt, wie gross die Zustimmung der Kollegen zur Gewerkschaftsopposition in dieser Lohnrunde schon ist.

Hier ein Auszug aus dem Aufruf der Gewerkschaftsopposition:

"Millionen Arbeiter und Angestellte stehen jetzt gemeinsam im Lohnkampf. Schliessen wir uns zu einer Kampffront gegen das Kapital und seine Handlanger in der Regierung und Gewerkschaftsführung zusammen!

NRW: Metaller – Heraus zum Streik!

Bei der Urabstimmung haben 97 % der Stahlarbeiter für Streik gestimmt. Dieses grossartige Ergebnis bedeutet für die IGM-Führung: Alarmstufe 1. Und wieder einmal hat sich bewiesen: Den Gewerkschaftsbonzen geht es nur um eins: den Streik zu verhindern und abzuwiegeln ....

***

Die Gewerkschaftsopposition ruft auf: Nehmt den Kampf für eure Forderungen selbst in die Hand, lasst den Streik nicht durch die Berufsabwiegler von der Gewerkschaftsspitze abwürgen. Organisiert selbst den Streik, wählt in den Betrieben eure Streikleitungen! ..."



WÄHREND EINER VERHANDLUNGSPAUSE: Herbert van Hüllen, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall (links), und Hans Mayr, 2. Vorsitzender der IG Metall. ap-Funkbild

BERICHTIGUNG

Im letzten Roten Morgen, Seite 3, wurde unsere Parole: "Vorwärts zur revolutionären Gewerkschaftsopposition" durch einen Fehler beim Setzen sinnentstellt in: "Gewerkschaftsorganisation". Selbstverständlich rufen wir nicht auf zum Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsorganisation ausserhalb der bestehenden reformistischen Gewerkschaft. Es bleibt dabei: Aufbau einer revolutionären Gewerkschafts**opposition** durch die gewerkschaftsoppositionelle Fraktionierung innerhalb der DGB-Gewerkschaften.

Arbeiterkorrespondenz

EXPORT-Geheimnisse

Ich arbeite im Büro einer Maschinenfabrik, die ihre Produkte auch nach Ost und West exportiert.
Ich will hier nur 2 Fälle aufzeichnen, die sich in ähnlicher Form laufend wiederholen.

1. FALL: EXPORT NACH BRASILIEN

Dorthin wurde eine gebrauchte Maschine verkauft. Der Käufer, ein Deutscher – der sich "am Aufbau der unterentwickelten Länder beteiligt" – verlangte, dass der Neuwert der Maschine plus 50 % Aufschlag der Rechnung zugeschlagen werden. Nanu, dachte ich, vielleicht ein Bruder des Fabrikbesitzers, der freiwillig 200 % Aufschlag für die Familienkasse zahlt? Nichts dergleichen!

In mündlichen Absprachen (es handelt sich um ein Projekt von DM 200 000 tatsächlicher Wert) kam es dann auch zur Sprache: Die zuviel bezahlten 200 % sollten nach Eingang des Geldes auf ein Schweizer Konto überwiesen werden.

Die bolivianischen Kapitalisten scheinen ihren faschistischen Marionetten selber nicht viel zuzutrauen. Bevor die Wut des bolivianischen Volkes aufbricht, also noch schnell ein sicheres Polster ins Ausland gebracht. Natürlich nicht unter den Augen der bolivianischen Marionettenregierung, die könnten ja mitbekommen, was man tatsächlich von der durch sie erreichten 'Sicherheit' hält.

Addiert man die 'Privat'-Gewinne aus solchen Diebstählen, kommt schon ein nettes Sümmchen zusammen, mit dem man für den Fall eines Falles (sprich: Revolution des bolivianischen Volkes) ein anderes Land 'beglücken' kann.

2. FALL: EXPORT NACH JUGOSLAWIEN

Auch dorthin wurde eine Maschine (diesmal neuwertig) verkauft. Man einigte sich, das Geschäft wurde abgeschlossen, die Rechnung geschrieben, doch siehe da: der Direktor des jugoslawischen Werkes wollte freiwillig den doppelten Preis bezahlen, die Rechnung sollte entsprechend geändert werden und an eine Firma in Luxemburg ausgestellt, ihm jedoch geschickt werden. Allerdings sollte die Maschinenfabrik nur den tatsächlichen Preis erhalten, die andere Firma in Luxemburg, die andere Hälfte als Vermittlungsprovision.

Die Vermittlungsfirma war jedoch während des Geschäftsabschlusses nie genannt worden, jedoch ... der Name sagte alles: Dem Namen der jugoslawischen Firma war nur der Zusatz 'International' hinzugesetzt worden und bestand in Luxemburg nur aus einem Büro und einer Besatzung von drei Leuten.

Bei 'Geschäfts'-reisen des jugoslawischen Direktors ins westliche Ausland standen ihm diese der jugoslawischen Arbeiterklasse gestohlenen Gelder zur 'Pflege von geschäftlichen Kontakten im kapitalistischen Ausland' zur Verfügung.

Die Pflege dieses Kapitalisten wird gewiss bald in die Hände des jugoslawischen Volkes übergehen.

2 Jugendvertreter entlassen -

Protestkundgebung bei Küppersbusch

von 100 Lehrlingen und Jungarbeitern

"Denen werden wir's geben", sagten die Jugendlichen auf der Jugendversammlung der Firma Küppersbusch in Gelsenkirchen. 'Denen', das waren die Herren von der AEG, zu der die Firma Küppersbusch gehört. Was war geschehen?

Zwei Jugendvertreter, die sich besonders für die Belange der Jugendlichen im Werk eingesetzt hatten, die ihren Mund immer aufmachten, wenn es galt, etwas für die Kollegen zu tun, sollten gefeuert werden.

Als Kündigungsgrund wurde angegeben, dass diese beiden Kollegen ihre Lehre jetzt beenden und angeblich nicht mehr gebraucht würden. Auf der anderen Seite stehen Anzeigen von Küppersbusch in den Zeitungen, in denen gerade solche Berufe gesucht werden.

Und das war auch den Lehrlingen und Jungarbeitern klar: Die beiden sollten geschmissen werden, weil sie immer auf ihrer Seite standen und sich nicht als kapitalistenfreundliche Pöstchenjäger einfangen liessen.

Als die Jugendvertreter von ihrer Kündigung hörten, informierten sie als erstes ihre Kollegen. Dann gingen sie zum Betriebsrat und zur örtlichen Gewerkschaft.

Die SDAJ (Jugendorganisation der D'K'P) versuchte mitzumischen. Sie gründete eine Initiative 'Jugendvertreterausschmiss'. Sie redeten davon, eine Demonstration in der Stadt durchzuführen und verteilten auch Flugblätter vor dem Betrieb. Doch da kam schon der Befehl von oben: Die Gewerkschaftsbonzen von der IGM-Ortsverwaltung sagten, man sollte die Sache nicht so aufbauschen und spektakuläre Dinge planen. Mit diesen Leuten will es sich die SDAJ natürlich nicht verderben. Auf einer von ihnen einberufenen Versammlung hiess es plötzlich: Der Referent ist krank geworden. Nicht nur die Veranstaltung, auch die anderen Aktionen wurden abgeblasen.

Nicht so aber die Jugendlichen der Firma Küppersbusch: Nach ihrer Jugendversammlung zogen alle durch das Werk, um auch den älteren Kollegen von der Schweinerei zu berichten und um eine Einheit aller Kollegen herzustellen. Das geschah trotz BVG und Streikverbot für Lehrlinge.

Die Herren von AEG bekamen das grosse Zittern.

Die Arbeiterjugend lässt sich nicht mehr abwiegeln, sie lässt sich nicht auf langwierige Arbeitsgerichtsprozesse vertrösten, die doch zugunsten der Kapitalisten entschieden werden. Die Arbeiterjugend lässt sich nicht länger von ihren älteren Klassengenossen abspalten, sie greift entschlossen und selbständig zum Kampf. Und das nicht nur bei Küppersbusch.

ARBEITERJUGEND: HINEIN IN DIE ROTE GARDE!

Säuberungsweile ?!

" Werter Kollege W... ". – so fängt ein Brief der Ortsverwaltung Giessen an ein aktives Gewerkschaftsmitglied der IG Metall an. Im folgenden wird dem Gewerkschafter kein Lob für seinen Einsatz für die Kollegen ausgesprochen, vielmehr der Rausschmiss angedroht. "Dein Verhalten in den letzten Wochen und Monaten deutet darauf hin, dass Du politische Kräfte unterstützt, die die Aufgaben und Ziele unserer Gewerkschaft bekämpfen..." "Die Ortsverwaltung hat mich deshalb beauftragt, Dir die beigefügte Erklärung zur Unterzeichnung zuzuleiten. Du solltest uns diese bis spätestens 4. Januar 1973 in beigefügtem Umschlag zurücksenden. Liegt uns die Erklärung bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor, wird die Ortsverwaltung in ihrer nächsten Sitzung die Einleitung des Ausschlussverfahrens beschliessen ... Mit kollegialem Gruss! Marcel Gimbel."

Was ist das für eine Erklärung?

Erklärung

1) Hiermit erkläre ich ausdrücklich, dass ich mich gegenüber der I.G. Metall als deren Mitglied und gegen ihre Funktionäre im Rahmen der Satzung loyal verhalten werde.
2) Die durch die satzungsgemäss gebildeten Gremien mehrheitlich gefassten Beschlüsse werde ich respektieren und vertreten.
3) Von den durch die KPD/ML herausgegebenen Flugblättern und deren, die Gewerkschaft und ihre Funktionäre diffamierenden Inhalt, distanziere ich mich nachdrücklich.

....
(Unterschrift)

Loyalitätserklärung

Wie gehabt in den 50-iger Jahren. Damals wurden solche Erklärungen gleich zu hunderttausenden im DGB verbreitet. Das war in der Zeit der grössten Kommunisten-Hetze, der Zeit des FDJ-Verbots, der Erschiessung Phillip Müllers, der Vorbereitung des KPD-Verbots. Der DGB war damals mit von der Partie bei Adenauers Progromen. Die gekauften DGB-Führer wollten nicht nur die Kommunisten, sondern alle Gewerkschafter hinaussäubern, die Kritik an ihrem Verrat zu üben wagten.

Es ist kein Zufall, dass gerade heute wieder solche 'Loyalitäts-Erklärungen' verschickt werden. Nachdem die KPD von Revisionisten erobert wurde, wurde auch Stück für Stück die Kritik an den DGB-Führern den KPD-Mitgliedern verboten. **Heute, wo die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung in den Marxisten-Leninisten, in der KPD/ML, wieder eine starke Stütze gefunden hat, heute, wo die Bourgeoisie an die Verfolgung und das Verbot der kommunistischen Organisationen geht, beginnt die gleiche Säuberungswelle.**

Gegen diese Erpressermethoden der bezahlten Streikbrecher im DGB muss der Kampf geführt werden. Der vom Ausschluss bedrohte Kollege W. hat die richtige Antwort gegeben:

ERKLÄRUNG

1) Hiermit erkläre ich ausdrücklich, dass ich innerhalb der IG Metall mich jederzeit entschlossen für die Interessen ihrer Mitglieder einsetzen werde. Damit die Gewerkschaft kampffähig ist, brauchen ihre Mitglieder eine Satzung. Ich stelle mich in der Arbeit auf das IGM-Statut, aber nur soweit, wie es für die Arbeiter und Gewerkschafter und nicht gegen sie benutzt wird.

2) Ich werde alle Gremienbeschlüsse respektieren und vertreten, die den Bedürfnissen der Arbeiter und Gewerkschafter Rechnung tragen und von der Mehrheit der Gewerkschafter unterstützt werden.

3) Ich werde stets gegen alle Formen von Gesinnungsschnüffelei und politischen Verfolgungen, vor allem auch innerhalb der Gewerkschaft, einen scharfen Kampf führen. Denn nur im gemeinsamen Kampf innerhalb der Gewerkschaft können wir verhindern, dass den faschistischen Methoden der Kapitalisten Schützenhilfe geleistet wird.

Giessen, den 4. 1. 1973

* *

Anmerkung:

Früher oder später wird auf jeden gewerkschaftlich organisierten Kommunisten die Frage zukommen, unterschreibe ich eine solche 'Loyalitätserklärung' oder nicht.

"(Die reformistischen Gewerkschaftsführer werden alles tun), um die Kommunisten nicht in die Gewerkschaft hineinzulassen, um sie auf jede Art und Weise aus den Gewerkschaften zu verdrängen, um ihnen die Arbeit in den Gewerkschaften möglichst zu verleiden, um sie zu beleidigen, gegen sie zu hetzen und sie zu verfolgen. Man muss all dem widerstehen können, muss zu jedwedem Opfer entschlossen sein und sogar – wenn es sein muss – alle möglichen Schliche, Listen und illegale Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten."

(Lenin: Der linke Radikalismus, ...)

'Wenn es sein muss' – auch unterschreiben. Das hängt davon ab, ob die Kollegen diesen Schritt verstehen, oder ob sie mich für einen Verräter und Opportunisten halten. Das hängt von der Organisiertheit der Kommunisten in der Gewerkschaftsfraktion, von der Stärke der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung ab, davon, welchen Druck man gegen den Ausschlussterror ausüben kann.

Der Bonze, der uns auf der Betriebsversammlung fragt, ob wir Kommunisten seien, der muss als Antwort erhalten: Ihr Denunzianten habt ja nur eine Absicht: Den Betrieb und die Gewerkschaft von den kämpferischsten Kollegen zu 'säubern' – im Interesse der Kapitalisten!

In unserem Fraktionskampf gibt es viele Taktiken, aber nur unter einer Linie: Wir müssen das Vertrauen der Kollegen gewinnen, das ist der beste Schutz für alle fortschrittlichen und kommunistischen Gewerkschafter vor den Säuberungsabsichten der Bonzen!

Die 'Kommunistische' Partei Frankreichs ist nicht nur die grösste Partei des Landes, sie ist auch der beste Handlanger der französischen Ausbeuterklasse. Die Revisionisten versuchen durch ihren starken Einfluss in der französischen Arbeiterbewegung, diese mit Phrasen vom Sozialismus vom wirklichen Kampf für den Sozialismus abzuhalten. Das wird den Arbeiterverrätern hoch belohnt. Heute sitzen sie nicht nur in gutbezahlten Gewerkschaftssesseln, sondern auch in Stadträten, in Verwaltung und Behörden. Welche Feinde der Arbeiterklasse diese gekauften Arbeiteraristokraten sind, zeigt folgender Bericht von Freunden des Roten Morgen in Vincennes, Frankreich.

STREIK GEGEN REVISIONISTEN

An der Universität von Vincennes bei Paris, die völlig von den Revisionisten der 'K'PF beherrscht wird, stehen 28 Reinigungsarbeiter seit mehreren Wochen im erbitterten Kampf gegen die Universitätsspitze.

Durch Neubauten und andere Umstellungen hatte sich die anfallende Arbeit so stark vermehrt, dass mehr Leute nötig wurden. Die Arbeiter forderten die Neueinstellung von weiteren zwölf Kollegen. Sie zwangen den revisionistischen Chef der Universität, dem zuzustimmen. Dieser 'Kommunist' wollte die zwölf Stellen beim Arbeitsamt ausschreiben.

Jetzt muss man aber wissen, wie das dort beim staatlichen Arbeitsamt ist! Die Stelle bleibt drei Wochen lang ausgeschrieben. Wenn sich am ersten Tag 50 Menschen zweiter Klasse (Portugiesen, Algerier) oder gar noch Menschen dritter Klasse (Malinesen usw.) melden und zwanzig Tage drauf ein Franzose, so kriegt der Franzose die Stelle.

Klar, dass da die Reinigungsarbeiter – meist selbst Ausländer – nicht mitmachten. Sie stellten eine Liste von 12 Kollegen auf, die allesamt sehr in Not sind und dringend eine Stelle brauchen. Diese Liste präsentierten sie dem Uni-Chef. Und dieser saubere 'Kommunist' wagte es doch tatsächlich, ausgerechnet die sechs Kollegen abzulehnen, die am schlechtesten dran sind: Entweder läuft ihre Aufenthaltsgenehmigung ab oder sie kriegen schon gleich gar keine, wenn sie keine Arbeit nachweisen können.

Streikbrecher !

Da reichte es den Reinigungsarbeitern – Streik! Die Reaktion der revisionistischen Universitäts-Bürokratie: Terror, Betrug und Streikbruch! So organisierte die revisionistische Gewerkschaft CGT einen 'Gegenstreik' des Mensa-Personals. Der Küchenchef ist der CGT-Boss von Vincennes!

Die Küchenmädchen sagen: "Wir wissen nicht genau, was da vor sich geht. Aber wenn der Chef sagt, es wird gestreikt, müssen wir das schon machen."
So spielen die Arbeiterverräter die Kollegen gegeneinander aus!

Die Revisionisten entdeckten sogar ihr Herz für die ausländischen Arbeiter: Die CGT liess die Flugblätter mit ihren arbeiterfeindlichen Hetztiraden von Afrikanern verteilen, die kaum ein Wort französisch konnten, damit sie nicht den Schwindel merkten.

Aber am unverschämtesten trieben es die Revisionisten-Häuptlinge noch kurz vor Weihnachten: Sie organisierten 14 Streikbrecher und rückten nachts um eins an. Putzen wollen sie. Aber die Nachtwächter blicken durch. Sie kennen den Uni-Chef, dieses Dreckschwein im Saubermanns-Pelz. Und die Verräter stehen vor verschlossenen Türen.

Aber die zwei Nachtwächter können der Übermacht nicht standhalten, obwohl sie fest zu ihren Klassenbrüdern stehen und kämpfen, so gut sie können. Sie werden verjagt und in ein Kapäuschen gesperrt. " Beim nächsten Mal fliegt ihr", droht der Revisionisten-Chef, weil sie die streikenden Arbeiter unterstützt haben!

ein festes Bündnis

Der Kampf dauert an. Gleich wie er ausgeht: Der Revisionismus unterliegt, weil er es gewagt hat, sich dem Volk entgegenzustellen. Es geht ja nicht gegen 28 Mann. Hinter diesen steht das Küchenmädchen, wenn es erfährt, wie die Dinge wirklich liegen, hinter ihnen steht der Heizungsmonteur und der Nachtwächter. Und – tausende Studenten. Das Bündnis zwischen den fortschrittlichen Studenten und der Arbeiterklasse ist in Frankreich weiter fortgeschritten als in Westdeutschland. Seit langem sind die Studenten von Vincennes empört über die faschistischen Methoden der falschen 'Kommunisten' von der Uni-Verwaltung, die skrupellos die bürgerlichen Gesetze anwenden und wie Kapitalistenknechte handeln.

Die Studenten stapfen geduldig durch den Dreck auf den Gängen, seit gestreikt wird, aber mit dem Dreck der Revisionisten werden sie sich niemals abfinden!

Es lebe das Bündnis der Arbeiterklasse mit den fortschrittlichen Studenten im gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus und Revisionismus!

'Wiedergutmachung'?

Von den Ländern Westeuropas, den USA und dem zionistischen Israel wird jetzt 'Wiedergutmachung' von der DDR für die Verbrechen des Hitlerfaschismus gefordert. Wir haben im letzten Roten Morgen berichtet, was dahintersteckt, wenn ein Staat wie Israel, der selber in den Fusstapfen des Hitlerfaschismus Verbrechen gegen die arabischen Länder verübt, solche Forderungen aufstellt:

" Die scheinheilige Forderung der Zionisten an die DDR ... bedeutet mehr als Forderungen nach Geld für die Kriegspläne Moshe Dayans. Seit dem Abschluss des diskriminierenden Grundvertrages zwischen Bonn und Berlin-Pankow häufen sich die Forderungen der (westlichen) Imperialisten gegenüber der DDR, nehmen auch die Versuche der Einmischung zu ... Bonns Freunde in Israel sind den westdeutschen Revanchisten auch behilflich, die richtige Stimmung in der Bevölkerung für die 'Befreiung der DDR-Bevölkerung durch den westdeutschen Imperialismus zu erzeugen."

Zur Hetze gehört auch das plötzlich entdeckte Argument, die DDR sei Rechtsnachfolger des Hitlerfaschismus, genau wie die Bundesrepublik auch.

Das bestreitet die DDR zurecht. In den ersten Jahren nach 45 wurde in der damaligen SBZ bzw. DDR, solange die Arbeiter noch das Sagen hatten, konsequent das Potsdamer Abkommen durchgeführt: Die Kriegsverbrecher enteignet und bestraft, die auferlegten Reparationen für die SBZ vollständig bezahlt. (Im Unterschied zu Bonn, das bis heute z.B. erst 3 % der 26-Milliarden-Forderung der Niederlande beglichen hat!– '

Die Adenauer und ihre imperialistischen Hintermänner in den Westzonen enteigneten weder die Kriegsverbrecherkonzerne, noch wurden die Nazis konsequent bestraft: Vielmehr wurden sie in höchste Ämter von Regierung und Verwaltung aufgenommen. Israel, das zu den Regierungsnazis in Bonn geschwiegen hatte, sobald es Milliarden Westmark für seine Eroberungspläne bekommen hatte, sagt nun plötzlich: In der DDR sässen alte Nazis in der Regierung.

Sicher, die revisionistischen Verräter gehen heute soweit, auch alte Nazis wieder in Ehren aufzunehmen. Das hat aber nichts damit zu tun, dass im wesentlichen Staatsapparat und die Macht der Konzernherren des alten, aggressiven deutschen Imperialismus, der den zweiten Weltkrieg angezettelt hatte, nach 1945 in Ostdeutschland bereits vernichtet waren. Diejenigen westlichen Imperialisten, die damals ihre Unterschrift unter das Potsdamer Abkommen setzten, aber niemals für dessen Durchführung sorgten, kommen jetzt daher und sagen: Die DDR wäre ebenfalls Nachfolgerstaat' des deutschen Imperialismus. Sie fordern nicht nur weitere 'Wiedergutmachung' der Zerstörungen durch das Hitlerreich, sie fordern auch 'Wiedergutmachung' an ihren enteigneten Fabriken in der DDR usw. (siehe RM Nr. 26/72).

Die DDR-Regierung erklärt, sie sei nicht der 'Nachfolgestaat' des deutschen Reichs. Diese Ehre habe Bonn für sich allein in Anspruch genommen. Ausdruck dieser Reichsnachfolgerschaft war z.B. der Bonner Alleinvertretungsanspruch.

Aber lassen wir uns von den schönen Worten der Revisionisten in Berlin-Pankow nicht täuschen. Sie werden versuchen, genauso wie die anderen Revisionisten-Cliquen im Ostblock, mit den westlichen Imperialisten ins Geschäft zu kommen und genauso auch diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen. Sie werden der Forderung Israels – und der ebenfalls daran interessierten Kremlzaren – nachkommen, die 'antizionistische Propaganda' einzustellen.

Die Honnecker-Clique versucht krampfhaft der DDR-Bevölkerung weis zu machen, sie sei eine souveräne Regierung, gerade jetzt nach dem Grundvertrag. Aber gerade jetzt nach dem Grundvertrag wurde die staatliche Souveränität der DDR ein weiteres Stück verschachert. Um ihr Mitspiel im Imperialistenschacher zu verdecken, stellt die Revisionisten-Clique ihren 'Antiimperialismus' gross heraus.

So wurden z.B. nach den Araberverfolgungen in Westdeutschland vom vergangenen Herbst mehrere Hundert arabische Studenten in die DDR aufgenommen und erhielten einen Studienplatz. Wie ernst es aber der Honnecker-Clique mit dem Internationalismus ist, zeigt ein Beispiel von 1967. Damals wurden 13 indonesische Studenten aus Leipzig den Suharto-Faschisten ausgeliefert, als die Kremlzaren mit diesem Massenmörder ins Geschäft kommen wollten. Die Honnecker-Clique, die neue Bourgeoisie in der DDR, tanzt nach der Pfeife der Imperialisten. Sie liefert das Volk deren aggressiven Machenschaften aus.

Unterstützen wir hier in Westdeutschland den Kampf unserer Klassenbrüder in der DDR gegen die revisionistische Honnecker-Clique, gegen die neue Bourgeoisie. Kämpfen wir hier gegen alle imperialistischen Versuche, die Souveränität kleinerer Länder zu zertreten, Volksverhetzung und Vorbereitungen für Eroberungen zu betreiben.

NIEDER MIT ZIONISMUS UND REVANCHISMUS!

ANERKENNUNG DER SOUVERÄNITÄT DER DDR!

NIEDER MIT DEN REVISIONISTISCHEN VERRÄTERN!

ATOMBOMBEN AUF VIETNAM ?

William Clements, Nixon's zukünftiger stellvertretender 'Verteidigungsminister' und Ölmillionär aus Texas, hat besonderes Interesse am US-Aggressionskrieg in Vietnam: Vor der Küste Südvietnams liegen mit die grössten Ölfelder der Welt. Jetzt wurde Clements von Washington auserwählt, als erster die Drohung mit der Atombombe auszusprechen:

"Nein, ich würde die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes nicht ausschliessen. Das heisst aber nicht, dass ich ein derartiges Vorgehen begrüssen würde."

Clements hat bestimmt nicht 'laut gedacht'. Das war kein Ausrutscher; der raffinierten US-Maschinerie unterlaufen keine solchen Pannen.

Das war eine eiskalt kalkulierte Drohung: "Wir, die Herren der USA, schrecken vor nichts zurück, auch nicht vor einem Atomschlag. Wir haben die Nerven und den robusten Magen, um über Berge von Leichen zu marschieren!"

Es ist klar, die US-Bosse überlegen sich eine atomare Kriegsführung mehr als zweimal. Nicht aus Skrupeln wegen des Massenmords, sie waren in Dresden, Hiroshima und Nagasaki auch nicht von humanitären Bedenken geplagt. Sie haben Angst vor der Antwort der Volksmassen aller Länder. Sie denken an brennende US-Botschaften und Firmen, an den Sturz US-höriger Regierungen, an das mächtige Anschwellen der revolutionären Bewegung auch in den USA selbst. Der Sprung über die Atomschwelle ist auch für das US-Kapital ein Wagnis, ein Sprung ins Ungewisse!

Auf der anderen Seite versuchen sie, dem pausenlosen Angriff des vietnamesischen Volkes Herr zu werden. Die amerikanischen Monopolherren und ihre Sachwalter im Weissen Haus und im Pentagon wollen die Weltöffentlichkeit in kleinen Dosen auf die Möglichkeit des Atombomben-Abwurfs vorbereiten, die Massen an den Gedanken gewöhnen und sich damit abfinden lassen.

Aber sie erreichen das Gegenteil: Die Völker erkennen, dass der Imperialismus zu jedem Verbrechen fähig ist und dass nur die Vernichtung des Imperialismus durch die revolutionäre Gewalt seinem Wüten ein Ende bereitet.

Bomben gegen Meuterer

Der hochdekorierte US-Bomberpilot Michael Heck weigerte sich nach seinem 262.ten Einsatz zu einem weiteren Angriff auf Hanoi zu starten. Nach seiner Aussage bomben die US-Piloten überwiegend nur noch aus Angst vor dem amerikanischen Kriegsgericht. Aber nicht davor sollten sie Angst haben, sondern vor den Gerichten des Volkes, die sie früher oder später als Kriegsverbrecher bestrafen werden.

Fünf US-Jagdbomber warfen 34 Bomben über dem grossen US-Luftwaffenstützpunkt Da Nang ab. Der Flugplatz und die umliegenden Mannschaftsgebäude wurden in ein Flammenmeer verwandelt.

Am ersten Tag hiess es in der Presse: 'Irrtümlicher Angriff ...' Am zweiten Tag musste die Wahrheit eingestanden werden: Die Bomben galten den meuternden Saigoner Soldaten in Da Nang. Nach dieser 'Strafaktion' stürmten die vietnamesischen Soldaten die Unterkünfte ihrer 'US-Verbündeten'. 100 Vietnamesen und 50 Amerikaner fielen dabei.

Hartgesottene Bomberpiloten plagt das Gewissen, in die Saigoner Söldner-Armee gepresste Soldaten meutern – kein Wunder, dass die US-Banditen im Atomeinsatz ihr letztes Mittel sehen.



Am 14. Januar demonstrierten 15 000 Gegner der US-Aggression in Vietnam in Bonn. Genossen aus 2 Landesverbänden der KPD/ML beteiligten sich. Sie verteilten Flugblätter, in denen auf die Gefahr des Revisionismus hingewiesen wird, der die Empörung des Volkes in das pazifistische Fahrwasser leiten will. Die machtvolle Demonstration gegen den US-Imperialismus, eine der grössten, die es je in der Bundesrepublik gab, endete in der Innenstadt.

Dabei führte ein Teil der Demonstranten heftige Kämpfe gegen die Polizeitruppen, der Freunde des US-Imperialismus in Bonn.

Leider waren sich viele unserer Genossen nicht voll darüber klar, wie der Kampf gegen Opportunismus und Pazifismus **praktisch** geführt werden muss. Zusammen mit einer mangelhaften organisatorischen Vorbereitung konnten bürgerliche und opportunistische Kräfte erreichen, dass trotz der Empörung der Massen über die US-Verbrecher und ihrer Saigoner Faschisten-Clique, die geballte Kampfkraft der Tausenden nicht zur Entfaltung kam.

Lernen wir aus Fehlern. Knüpfen wir an der Empörung der Massen über die imperialistischen Verbrechen an und führen wir die Massen auf dem Weg des revolutionären Klassenkampfes! Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt.



VIETNAM-AKTION

Ludwigshafen (RM). Jeden Samstag machen wir einen Informationsstand im Hemsdorf, einem alten Arbeiterviertel in Ludwigshafen. Angeregt durch das Beispiel in Dortmund, wie es im Roten Morgen stand, machten wir Transparente mit Bildern vom Kampf des vietnamesischen Volkes.

Zahlreiche Passanten blieben stehen, betrachteten sich die Bilder, diskutierten mit uns, kauften den Roten Morgen und spendeten für den Kampf des vietnamesischen Volkes.

Nach knapp einer Stunde kam Polizei und verlangte, dass wir den Stand abbauen sollten. Sofort waren viele Passanten da, schlossen um uns einen Kreis und diskutierten lebhaft: "Faschistenpolizei, Nazimethoden, das nennen sie Demokratie" usw. Wir haben den Stand abgeräumt, weil es für uns zu teuer gewesen wäre, wenn die Bullen die ganzen Bücher usw. beschlagnahmt hätten.

Dafür agitierten wir umso eifriger die umstehenden Passanten. In kurzer Zeit darauf verkauften wir 30 Rote Morgen. Kollegen und Freunde kamen und sagten u.a.: "Die lassen sich nicht in den Sack stecken, die machen das Maul auf."

Wir werden jetzt verstärkt den Kollegen zeigen, dass die beste Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes der revolutionäre Kampf gegen den Imperialismus und seine Büttel im eigenen Land bedeutet. Angriffe der Imperialisten-Polizei wie letzten Samstag werden jedesmal auf noch grösseren Widerstand treffen.

WELTKONGRESS DER CISNU

Cisnu ist eine Studentenorganisation, in der sich persische Studenten zusammengeschlossen haben, um den Imperialismus mit seiner Marionette im Iran, dem Schah, zu stürzen.

Vom 6. bis 10. Januar fand der 14. Weltkongress der Konföderation in Frankfurt statt. An diesem Kongress nahmen delegierte iranische Studenten von den Föderationen aus USA, Kanada, Schweden und Dänemark, sowie zahlreiche Studenten aus verschiedenen Ländern als Beobachter teil.

Am Samstag, den 6. Januar fanden kämpferische Solidaritätsveranstaltungen statt. Demokratische, kommunistische und antiimperialistische Organisationen, darunter Vertreter der Befreiungsbewegung in Angola, Mozambique, portugiesisch Guinea, den kapverdischen Inseln und der patriotischen Einheitsfront der Türkei verlasen Grussbotschaften. Am Abend führten persische Theatergruppen revolutionäre Theaterstücke auf, die immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochen wurden.

Die Atmosphäre der Veranstaltung spiegelt die wirkliche Solidarität zwischen den Völkern wider.

Der KSB/ML, die Studentenorganisation der KPD/ML, verlas auf diesem Kongress eine Grussbotschaft und versicherte den iranischen Studenten und dem ganzen Volk seinen solidarische Unterstützung.

Hört die revolutionären Sender !

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.00 - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.00	32 und 41 Meter
16.00 - 16.3o	32 und 41 Meter
18.00 - 18.3o	32 und 41 Meter
19.00 - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.00	41 und 5o Meter
23.00 - 23.3o	41 und 5o Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.00 - 19.3o
21.00 - 22.00
immer: 43,7, 42,8 und 26,2 Meter

VIETNAM-AKTION IN STUTTGART: «DAS SCHWEIN UMBRINGEN!»

Stuttgart (RM). Der weltweite Protest gegen die wahnwitzigen Bombenangriffe der US-Imperialisten auf Nordvietnam hat auch auf Stuttgart übergegriffen. Spontan bildete sich ein Komitee, das eine Demonstration organisierte, um gegen den Völkermord zu protestieren. Wir Kommunisten riefen durch Flugblätter zur Unterstützung des Kampfes der indochinesischen Völker auf. Schon 4 Tage vor der Demonstration wurden tausende Flugblätter vor den Betrieben und in den Stadtbezirken von unseren Genossen verteilt.

Am 5.1. trafen sich die Genossen, Freunde und Sympathisanten am antifaschistischen Mahnmal am Karlsplatz. Da der Landesverband Baden-Württemberg besonders stark durch die damaligen Liquidatoren angeschlagen wurde, hatten sich nur etwa 50 Genossen und Sympathisanten eingefunden. Aber der folgende Kampf zeigte, was entschlossene Kämpfer, auch wenn sie noch wenige sind, erreichen können.

Der Demonstrationszug formierte sich, da merkten wir, dass die D'K'P die Leitung des Komitees übernommen hatte. Dies liess uns nichts gutes ahnen.

Der Demonstrationszug, der inzwischen auf etwa 1000 Menschen angewachsen war, setzte sich in Bewegung. Da riefen wir unsere revolutionäre Parolen:

DIE VÖLKER KÄMPFEN, DIE VÖLKER SIEGEN –
DER IMPERIALISMUS WIRD UNTERLIEGEN!

Sofort waren die Ordner der D'K'P zur Stelle und erklärten scheinheilig, dies sei ein "Schweigemarsch" und wir sollten ruhig sein. Das hätte diesen Abwieglern so gepasst! Unbeirrt riefen wir weiter mit unseren Sprechchören zum Kampf gegen den USA- und Sowjet-Imperialismus auf. Die Reaktion der Arbeiter und Werktätigen zeigte uns, dass wir recht hatten. Überall wurden zustimmende und solidarische Bemerkungen gemacht:

"Die haben recht, das ist eine grosse Sauerei, was da der Amerikaner in Vietnam macht!" oder "Wenn ich nicht feige wäre, würde ich dieses Schwein Nixon umbringen!" oder "Ihr habt recht, macht nur weiter so!" "Der Nixon ist zwar ein Verbrecher, aber da stehen doch die Drecksäue von Kapitalisten dahinter!"

Da wir wenige Leute waren, verteilte nur ein Genosse während der Demonstration Flugblätter. Sofort waren die Ordner der D'K'P zur Stelle und wollten unter Drohungen dem Genossen die Flugblätter wegreissen. Aber da kamen sie bei diesem proletarischen Genossen gerade an die richtige Adresse. Als einer der 4 Ordner zudringlich wurde, bekam er eine Arbeiterfaust zu spüren dass ihm Hören und Sehen verging. Und schon waren die Helden verschwunden.

Verräter isolieren !

Das Verhalten der D'K'P-Bonzen während der Demonstration und auf der Schlusskundgebung zeigte uns, wie tief diese Arbeiterverräter gesunken sind. Durch das entschlossene Auftreten der Partei konnte aber jeder sehen, dass zwischen Revisionisten und Kommunisten ein himmelweiter Unterschied besteht.

Ein Arbeiter sagte: "Die (DKP) machen eigentlich gar nichts gegen die Kapitalisten!" Und damit hat er des Pudels Kern getroffen.

Durch unser revolutionäres Auftreten konnten wir viele Menschen gewinnen. Wir führten unzählige Diskussionen über Fragen wie: Warum liefern die Sowjets Waffen? Was ist denn die Haltung Chinas zur USA? usw. Wir erhielten viele neue Kontakte von Kollegen. Während der Demonstration konnten wir noch in 20 Minuten 40 Rote Morgen verkaufen.

Anmerkung der Redaktion: Dieses Beispiel zeigt, wie richtig der Aufruf im letzten Roten Morgen ist, wenn er konsequent in die Praxis umgesetzt wird. Nach wie vor keine Aktionseinheit mit Revisionisten und Trotzkisten eingehen, aber sich auch nicht länger von den Massen isolieren, die den Verrat dieser Pseudokommunisten noch nicht erkannt haben. Die Stuttgarter Genossen haben in der Aktion klar zum Ausdruck gebracht, dass die Revisionisten nur zum Schein sich für den Kampf einsetzen, in Wirklichkeit nur 'das Schlimmste' für die Bourgeoisie verhindern wollen. Gerade jetzt, wo die Empörung des Volkes so gross ist, dass die Regierung in Bonn und ihre Hintermänner offen angegriffen werden für ihre Mitbeteiligung am Völkermord, Wir Kommunisten müssen mit den Massen marschieren, wir gehen dabei keine Aktionseinheit mit den Feinden unseres Kampfes ein. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, den revolutionären Geist in die Protestbewegung zu tragen und alle Abwiegler zu entlarven und zu isolieren. So wird die anti-imperialistische Bewegung immer grössere Siege erringen.

"Die Welt ist Euer, wie sie auch unser ist, doch letzten Endes ist sie Eure Welt. Ihr jungen Menschen, frisch und aufstrebend, seid das erblühende Leben, gleichsam die Sonne um acht oder neun Uhr morgens. Unsere Hoffnungen ruhen auf Euch."
Mao Tse-Tung

DIE ROTE GARDE AUFGEBAUT!

Fehler in der Jugendfrage überwinden

Das ZK der KPD/ML hat beschlossen, der Roten Garde so schnell wie möglich die volle organisatorische Selbständigkeit zu geben und die entsprechenden Schritte in die Wege zu leiten, daß die Rote Garde einheitlich auf ihrem eigenen Demokratischen Zentralismus aufgebaut wird. Dieser Beschluß ist von großer Bedeutung für den weiteren Kampf der Arbeiterklasse, insbesonders der arbeitenden und studierenden Jugend. Er ist ein Schritt vorwärts bei der Durchführung der Direktiven des 2. ordentlichen Parteitages. Er ist ein Zeichen der Überwindung der sektiererischen Fehler in der Vergangenheit unserer Partei, er trägt den Anforderungen Rechnung, die der Klassenkampf an uns stellt.

Was waren die Fehler der Vergangenheit?

1. In der Plattform des 1. ZK vom März 1970 wurden als wichtigste Aufgaben der RG festgelegt: "Heranziehen der Roten Garde zu Untersuchungsaufgaben im Bündnisbereich, vor allem im jungproletarischen, aber auch Schülerbereich". Weiter: "Schulung sowie Propagierung des Marxismus-Leninismus und der Entlarvung des Kapitalismus im Jungproletariat."

Die Erziehung der Jugend anhand der revolutionären Praxis im Klassenkampf wird ausser Betracht gelassen, gepredigt wird die reine Theorie!

Lenin sagte dazu in seinem Artikel über die Aufgaben der Jugendverbände: "Ohne Arbeit, ohne Kampf ist das aus den kommunistischen Broschüren und Werken geschöpfte Bücherwissen über den Kommunismus keinen Pfifferling wert, denn es würde die alte Kluft zwischen Theorie und Praxis neu aufreissen, jene alte Kluft, die der widerwärtigste Zug der alten, bürgerlichen Gesellschaft war."

Genau dieser Fehler wurde in der Plattform gemacht. Die Plattform hat nicht zur Festigung unserer Jugendorganisation beigetragen, sondern sie hat objektiv das Handwerk der Spalter unterstützt, viele aufrechte revolutionäre Jugendliche aus den Reihen der Roten Garde vertrieben.



1970: Streik bei Krupp/Bochum. Die Lehrlinge sind in den ersten Reihen

2. wird in der Plattform auf massenfeindliche Weise die Selbständigkeit der RG als Jugendmassenorganisation unterdrückt:

"Ein eigener Demokratischer Zentralismus in den Roten Garden ist in der gegenwärtigen Phase undurchführbar. Wegen des relativ niedrigen ideologischen Niveaus kann die proletarische Demokratie, das heisst die Durchführung der Methode Einheit-Kritik-Einheit von Seiten der Rotgardisten nicht in vollem Umfang geleistet werden. Es würde daher häufig zu einem Abgleiten in den bürgerlichen Demokratismus kommen und für Intriganten und bürgerliche Abweichler bestände die Möglichkeit, mittels ihrer Demagogie sich bürgerliche 'Mehrheiten' zusammenzuzimmern." (Plattform)

Aus dieser letzten Hypothese spricht ein gerütteltes Mass der Verachtung des demokratischen Zentralismus, als einem aus den Massen entnommenen bolschewistischen Grundprinzips. Gerade aber weil dieses Prinzip nicht angewandt wurde, hatten bürgerliche Intriganten die Möglichkeit, die Rote Garde zu spalten, ohne dass sie dafür von den Mitgliedermassen zur Rechenschaft gezogen werden konnten.

Eine solche Politik widerspricht jedoch der Linie unserer Partei, die beseelt ist vom Vertrauen in die Kraft der Partei, in die führende Rolle des Proletariats, in die Unfehlbarkeit der Massen. Diese These verleugnet geradezu, daß die Partei ja gerade deshalb ihre Jugendmassenorganisation braucht, um das natürlicherweise relativ niedrige ideologische Niveau der Vielzahl der Rotgardisten zu entwickeln. Gerade die wichtigste Aufgabe der Roten Garde, die Erziehung der arbeitenden und lernenden Jugend im organisierten Klassenkampf, die Heranbildung ihrer Mitglieder zu Kadern der Partei, wird hier außer Betracht gelassen. Eine solche Politik muß jedoch dazu führen, daß sich die Jugendorganisation von den Massen isoliert.

Frage des KSB/ML

Ein weiterer Fehler in der Behandlung der Jugendmassenorganisation war die Trennung der Studentenorganisation KSB/ML von der proletarischen Massenorganisation Rote Garde. Dies führt zu einer Spaltung der einheitlichen Kraft der Jugend, zur Verhinderung der Führung der revolutionären studentischen Jugend durch das Proletariat. Die Studenten sind aber heute ein Teil der revolutionären Kraft der Jugend, sie dürfen nicht vom Proletariat getrennt werden. Im Gegenteil, wir müssen darauf hinarbeiten, sie mit der kämpfenden proletarischen Jugend zusammenzuführen.

Die Jugend lehnt das Alte, Überkommene ab. Sie birgt in sich schon den Keim des neuen. Deshalb ist die Jugend eine eigenständige revolutionäre Kraft, die mit einer anderen Elle gemessen werden will:

"Was denn soll das Kriterium dafür sein, ob ein junger Mensch revolutionär ist? Wie kann man das feststellen? Es gibt nur ein Kriterium: Will er sich mit den breiten Massen der Arbeiter und Bauern verbinden und tut er das auch tatsächlich oder nicht. Wenn er sich mit den Arbeitern und Bauern verbinden will und das tatsächlich tut, ist er revolutionär, andernfalls ist er nicht revolutionär oder konterrevolutionär." (Mao Tse-Tung: Die Orientierung der Jugendbewegung).

Genau das ist es, was wir berücksichtigen müssen, wenn wir unsere Aufnahmepolitik in der Jugendorganisation überprüfen. Deshalb hat das ZK beschlossen, sobald wie möglich den KSB/ML als Sektion der Jugendorganisation auf dem Universitätsbereich in die Rote Garde einzugliedern.

Große Aufgabe für die Partei

Die Fehler der Vergangenheit müssen ausgemerzt werden. Die Rote Garde richtet sich aus, um ihre wichtigen Aufgaben auf besserer Grundlage und mit neuem Schwung in Angriff zu nehmen. Vor ihr steht das grosse Ziel, die Mehrheit der Arbeiterjugend und die revolutionären Teile der Jugend aus anderen Schichten des Volkes zusammenzufassen. Unter der Führung der Partei, einig mit den Zielen der Partei, stellt die RG den Eckpfeiler der Partei in den Massen der revolutionären Jugend dar. Deshalb muss zwischen Partei und Jugendverband eine enge Beziehung herrschen. Genosse Thälmann sagt dazu:

"Die Führung des Jugendverbandes durch die Partei ist nicht bloß eine politische Frage, nicht bloß eine Frage der Überwachung und Kontrolle, keineswegs eine Frage des Kommandierens und der Anweisungen der Partei an den Jugendverband ... Aber darüber hinaus gilt es für alle Organe der Partei, von der Zelle bis zum Zentralkomitee, in der täglichen Arbeit die Bedürfnisse des Jugendverbandes zu berücksichtigen, den Jugendverband in Kampagnen entsprechend seinen Aufgaben und seinem Wirkungsbereich mit einzuschalten und umgekehrt den Kampagnen des Jugendverbandes in der Arbeit der Partei den notwendigen Anteil zu verschaffen. Diese Einstellung der Partei zum Jugendverband muß wiederum im Kommunistischen Jugendverband ihre entsprechende Widerspiegelung finden."

(Thälmann, Einige Bemerkungen zur Arbeit des Jugendverbandes).

Um dieses Verhältnis der Partei zum Jugendverband zu festigen, wird die Partei danach streben, dass möglichst viele ihrer Mitglieder auch in der Roten Garde führend mitarbeiten, dass die Verbindungen zur Roten Garde auf allen Ebenen hergestellt werden.

1973: Jahr der Entwicklung der Jugendarbeit

Das vergangene Jahr 1972 stand im Zeichen der inneren Festigung der Partei, ihrer Ausrichtung und Verankerung im Klassenkampf und der Weichenstellung für die Aufwärtsentwicklung durch den 2. Parteitag. Das Jahr 1973 muß das Jahr der allseitigen Entwicklung der Jugendarbeit werden.

Der Klassenkampf hat der Jugend Westdeutschlands und Westberlins und ihrer Organisation, der Roten Garde, grosse Aufgaben gestellt. Allem voran der Kampf der Jugend gegen den Imperialismus und den imperialistischen Krieg. Voller Hass und Empörung wendet sich die Jugend der ganzen Welt gegen die Massaker, die die Imperialisten in Ausübung ihrer Grossmachtspolitik unter den Völkern anrichten. Flammende Empörung geht durch die Jugend über die Verbrechen des US-Imperialismus in Indochina. Es ist die Aufgabe der Roten Garde, die Jugend im Geiste des proletarischen Internationalismus zum Kampf gegen alle Unterdrücker und Imperialisten auf der Seite der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker zu erziehen.

Der aggressive westdeutsche Imperialismus zwingt die Jugend zu zigtausenden unter das Joch des Militarismus. Er versucht in der 'Schule der Nation', der Bundeswehr, die revolutionäre Flamme der Jugend zu ersticken. Willige Arbeitssklaven und Kanonenfutter will er heranbilden. Das Gift des Militarismus dringt auch in Schulen, Universitäten, Ideologie und Kultur. 'Treibt den antimilitaristischen Kampf voran – Krieg dem imperialistischen Krieg', das wird das Kampfbanner der Roten Garde gegen den westdeutschen Militarismus sein.

Immer breitere Teile der Arbeiterjugend wehren sich gegen ihre verschärfte Ausbeutung und Entrechtung. Sie schliessen sich spontan zusammen; Jugendgruppen in der Gewerkschaft nehmen den Kampf auf gegen die Feinde Kapital und Gewerkschaftsführung.

Die Mobilisierung der Jugend für den Kampf gegen den westdeutschen Militarismus, ihre Erziehung, Organisierung und Vorbereitung auf die gewaltsame Revolution, die Sorge für die militärische Ausbildung und Ertüchtigung, für die proletarische Armee – das sind die Aufgaben der Roten Garde.

Es ist die Pflicht unserer kommunistischen Jugend, eine aktive Gewerkschaftsarbeit zu betreiben. Sie müssen innerhalb der Gewerkschaftsjugend das arbeiterverräterische Spiel der Gewerkschaftsbosse entlarven. Sie müssen Fragen der Streiktaktik und der Methoden der Organisierung der Arbeiter, der Notwendigkeit und Verantwortung der eigenen Streikleitung, der Aufklärungsarbeit während des Arbeitskampfes, der Organisierung der Solidarität, allseitig erörtern. Die Bedeutung des Streiks als Waffe der Verteidigung der Arbeiterinteressen im Kampf gegen die Monopolherren muss der Arbeiterjugend voll bewusst werden.

Die Jugend wendet sich gegen die geistige Abrichtung zum Arbeitsvieh des Kapitals. An Schulen und Hochschulen entbrennt ein immer heftigerer Kampf gegen das reaktionäre Ausbildungsdiktat der Bourgeoisie. Es ist die Pflicht der Jugendorganisation, die Kämpfe der lernenden Jugend mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden, den Kampf gegen die wirtschaftliche Ausplünderung und die geistige Bevormundung der Jugend zu führen.

Klassenkämpfer erziehen!

Die Rote Garde pflegt und hegt alle Elemente der proletarischen Kultur, all der großen Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Aktiv und mit dem Schwung der Jugend ringt die Jugend um die weitere Entfaltung dieser Kultur, was nur im gleichzeitigen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und den kulturellen Sumpf der Bourgeoisie erreicht werden kann. Die Rote Garde kämpft daher gegen die Einnebelung und Zersetzung der Kraft der Jugend durch Haschisch und Religion, sie kämpft gegen Prostitution und Verbrechen, gegen Kitsch und Modeschund.

All diese Kämpfe der Roten Garde gegen Ausbeutung und Unterdrückung dienen dazu, standfeste Klassenkämpfer heranzuziehen. Diese Erziehung besteht natürlich in ihrem Wesen in der aktiven Beteiligung am Klassenkampf des Proletariats. Die Erziehung der Jugend besteht im Studium des Marxismus-Leninismus, als auch in der Sorge um seine Verbreitung in den Massen.

Die Rote Garde kämpft für die Einheit der Arbeiterklasse, für die Einheit der revolutionären Jugend. Indem sie das Banner des Marxismus-Leninismus hochhält, hat sie auch die Waffe gegen die verführerischen Spaltungsversuche der Opportunisten und Revisionisten in der Hand. Welche Schattierung diese auch annehmen, wo sie auch auftreten, die Rote Garde hält ihnen den Spiegel vor das Gesicht und kämpft für ihre Isolierung von den Massen.

Die Rote Garde kämpft gegen die Spaltung Deutschlands, gegen die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse in Ost und West. Sie wird den Geist des Weltjugendtreffens von 1952 in der damals noch sozialistischen DDR neu aufleben lassen. In diesem Sinne kämpft die Rote Garde gegen die Spaltung der Arbeiterklasse in Ausländer und Deutsche, in Schwarze und Weisse, Braune und Gelbe, Männer und Frauen.

Die Rote Garde kämpft gegen den alten Versuch aller Ausbeuter, den revolutionären Schwung der Jugend gegen die Überlegung, Erfahrung und Sachlichkeit des Alters auszuspielen. Für uns Kommunisten, ob jung, ob alt, kann es keinen 'Generationskonflikt' geben. Wir kennen nur die unzerbrechliche Einheit aller Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter. Die richtige Kombinierung der Erfahrung und Reife des Alters mit dem Schwung und der Beweglichkeit der Jugend – das ist unser Erfolg!



1. Mai 1972, Westberlin

POLIZEITERROR IN BIELEFELD

Mittwoch, der 3. Januar – vor dem Tor des Betriebes Mannesmann-Kammrich stehen zwei Rotgardisten und verteilen Flugblätter. Die Polizei kommt, schreibt ihre Namen auf und durchsucht ihre Plastikbeutel. Währenddessen photografiert eifrig ein Werkschutzbonze.
In der Nacht von Donnerstag auf Freitag mißlingt einem Rotgardisten, der öfters chemische Experimente macht (er ist Schüler), ein Versuch. Dabei wird ihm die linke Hand abgerissen und er verliert beinahe sein Augenlicht. Dieser tragische Unfall ist für gewisse berufsmäßige Menschenschinder dieses Ausbeuterstaates ein willkommener Anlaß, mit einer Terrorkampagne gegen die jungen, immer aktiver werdenden Kommunisten Bielefelds loszuschlagen.

Bereits am Montag erscheinen bei dem einen Rotgardisten, dessen Personalien beim Flugblattverteilen festgestellt wurden, drei Zivilbullen von K 14 (Politische Polizei). Sie erklären der Mutter des Genossen, sie hätten zwar keinen Durchsuchungsbefehl, könnten ihn aber in drei Tagen bekommen. Die Mutter ist erschrocken und lässt sie herein. Sofort durchwühlen sie das Zimmer ihrer beiden Söhne, einem Schüler und einem Lehrling. Sie beschlagnahmen, was sie nur 'irgendwie' verwerten können. So z.B. private Photos, Stadtpläne, ein kleines Glas mit Kleister, aber auch ein Messer – natürlich –, das dem Vater des Jungen gehörte. Und sie beschlagnahmten ein Bettlaken.

Dieses Bettlaken, so behauptete ein Bulle, sei bei einer Albanienveranstaltung im Dezember als Leinwand benutzt worden. Das stimmt zwar nicht, aber er brauchte eben etwas 'Handfestes'. Schliesslich war er damals abgeblitzt, als er auf dieser Veranstaltung versuchte zwei Rotgardisten auszufragen, indem er sich als 'interessierter Arbeiter' vorstellte.

Die Bullen wollten die ganze Wohnung durchwühlen, wurden daran aber von der Mutter des Rotgardisten gehindert. Da zeigten die drei Dreckskerle (eine Frau, ca. 23 Jahre, war auch dabei) ihre fiese Art. Sie versuchten die Mutter des Rotgardisten einzuschüchtern, erzählten ihr, der eine Sohn (der Lehrling) müsse bald zur Bundeswehr und sie würden da mal nachfragen, ausserdem natürlich in seinem Betrieb. Bei dem anderen Sohn (dem Schüler) drohten sie mit dem Erziehungsheim. Die Bullen schreckten vor nichts zurück: Sie drohten der Frau, sie würden ihren Mann aufsuchen, der mit einer schweren Rippenfellentzündung im Krankenhaus liegt.

Die Frau, die selbst schwer herzkrank ist, liess sich aber nicht fertigmachen. Sie steht nicht auf der Seite der Partei, aber sie steht auf der Seite ihrer Kinder und weiss, dass sie anständige Kerle sind.

Die Mutter des Rotgardisten hatte doch einen starken Schock bekommen und war hilflos, da sie die Existenz ihrer Kinder gefährdet sah. Sie dachte aber nicht daran, ihren Kindern Vorwürfe zu machen. Erst recht nicht, als sie hörte, dass der andere Sohn am gleichen Tag noch von der Werksleitung verhört wurde, seine Sachen im Betrieb durchsucht wurden und man ihn am nächsten Tag in Sonderurlaub schickte (das heisst sicher Entlassung, der Junge ist im dritten Lehrjahr!).

Für die Frau gab es nun eine Frage: Wie schütze ich meine Kinder gegen diese Feinde. Dass die drei Burschen von der PoPo Feinde waren, hatte sie sofort gefühlsmässig erkannt. Sie fasste Mut, denn sie sah, dass ihre Söhne nicht allein standen:

Die Rote Garde und die Partei werden der Entfesselung der polizeilichen Terrorkampagne in Bielefeld entgegentreten. Solidarität wird sofort organisiert. Wir werden nicht zulassen, dass die Bourgeoisie überall mit Hilfe gesuchter 'Anlässe' eine Hetzkampagne gegen die Partei und alle revolutionären Kräfte entfesselt, um dahinter die Verfolgungs- und Unterdrückungsmassnahmen gegen ihre härtesten Feinde zu verstärken.

Auch in Bielefeld werden sie versuchen, die Marxisten-Leninisten als 'Kriminelle' abzustempeln. Aus einem Schüler, der chemische Versuche macht, wird ein Bombenleger a la RAF, aus einem gefundenen Messer wird ein Messerstecher. Wer sucht, der findet ...

Wir fordern alle Leser, Freunde und Genossen auf, ihre Kampfanstrengungen zu verstärken!

SCHLUSS MIT DEM POLIZEITERROR IN BIELEFELD!
KAMPF DER KRIMININALISIERUNG DER REVOLUTIONÄREN UND FORTSCHRITTLICHEN KRÄFTE!

Verfolgung mit allen Mitteln

Nicht zurückweichen: Den Kampf gegen Polizeiterror und Klassenjustiz organisieren!

Die Ordnungskräfte dieses Ausbeuterstaates sind in Bayern schon immer besonders terroristisch gegen die Arbeiter- und Jugendbewegung vorgegangen. Genossen der KPD/ML berichten von einer täglichen Verschärfung des Kampfes, besonders in München.

Unverhohlen verdonnert einer jener Geier in der schwarzen Robe einen Genossen zu 700.– DM Strafe, weil er die Polizei beleidigt habe. Begründung des Richters, warum er über den ursprünglichen Strafbefehl von 500.– DM noch hinausging: Der Angeklagte sei ein blinder Fanatiker und ausserdem ein Arbeiter, der mehr Geld habe wie ein Student.

Ein weiteres Meisterstück: 3 Genossen werden zur 'Zeugenaussage' vor Gericht geladen. Es geht um 'Ermittlung gegen Unbekannt wegen Verstosses gegen das Versammlungs- und Waffengesetz'. Vor Gericht stellt sich zunächst heraus, dass die Sache mit dem 'Waffengesetz' ein Schreibfehler sein müsste ... Nanu? – Aber man höre den Sachverhalt: Am 1. September 1972, also einen Tag vor der Antikriegsdemonstration in München, trat der 'Sturmtrupp Roter Morgen' mit Uniform auf. So hat es die Staatsanwaltschaft gesehen. Und bekanntlich ist das unerlaubte Tragen von Uniformen strafbar. Weiter: Die Uniform dieses 'Sturmtrupps' bestand aus roten Halstüchern, die die Teilnehmer um den Hals trugen! ... Jetzt wird gegen 10 Genossen ermittelt!

Und warum Verfahren gegen 'Unbekannt', wo die Politische Polizei uns angeblich alle so gut kennt? Verfahren gegen 'Unbekannt' ist ein alter Trick der Rechtsverdreher: So können Rechtsanwälte keine Akten und 'Ermittlungsergebnisse' einsehen. Ausserdem hoffte man die Genossen als 'Zeugen' besser ausquetschen zu können (als Angeklagte haben sie Zeugnisverweigerungsrecht).

Ansonsten aber scheren sich die Justizbüttel einen Dreck um 'Ermittlungen'. So laufen Anklageschriften bei Genossen ein wegen angeblicher Teilnahme an der verbotenen Demonstration vom 9. September während der Olympischen Spiele. Diese Genossen werden einfach genommen, weil sie der Polizei eh schon bekannt sind. Das vereinfacht die Sache.

2 Genossen sollen vor Gericht gezerrt werden, weil sie Flugblätter an Soldaten verteilten. Tatbestand der 'Wehrkraftzersetzung'. Diesen Anklageschriften werden sicher weitere folgen.

Täglich flattern Vorladungen und Anklagen ins Haus. So z.B. den Verteilern von Flugblättern, die eine 'unerlaubte Demonstration' vor den Toren der BMW-Bosse machten, indem sie Papptafeln und sich selbst aufstellten. Der 'Rote Anlasser', die Betriebszeitung der KPD/ML bei BMW, wird vor dem Tor beschlagnahmt und der Verteiler in Handschellen abgeführt (siehe RM Nr. 25/72). Einen Tag später wird das 'Rote Getriebe', ebenfalls eine Betriebszeitung der KPD/ML, wegen 'Verfassungsfeindlichkeit' beschlagnahmt ...

Blutige Überfälle der politischen Polizei auf Genossen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Bespitzelung und Justizterror – das ist das tägliche Brot der Münchner Kommunisten. Das ist die Antwort der Bourgeoisie auf die immer grösseren Schwierigkeiten, die (Ausbeuter-) Ordnung aufrechtzuerhalten. Gerade in München.

Aber die Genossen in München werden sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Kapitulantentum und blinder Aktionismus, die leicht aufgrund des staatlichen Terrors entstehen, werden bekämpft. Die tägliche Arbeit geht unbeirrt weiter. Eine Kommunistische Partei, die ihre Wurzeln fest in den Massen verankert, lässt sich verbieten, aber nicht vernichten. Der Kampf gegen den zunehmenden Terror, gegen Verfolgung durch Polizei und Klassenjustiz, muss unter Ausnutzung jeder legalen Möglichkeit auf eine breite Basis in der Bevölkerung gestellt werden. So wird jeder Schlag der Bourgeoisie zum Bumerang für sie werden.

Solidaritäts komitee

Die Sammlung des KSB/ML Giessen für die streikenden spanischen Opel rbeiter in Bochum von 182,80 wurde versehentlich nicht abgedruckt. Wir bitten alle Spender sich sofort zu melden, wenn ihre Spenden im Roten Morgen nicht erscheinen.

RM-Redaktion

Dezember 72	KSB/ML Bochum, Büchertisch	30,-DM
27. 12. 1972	Wahlveranstaltung Hamburg	DM 140,02
27. 12. 1972	Stadtverkauf NRW	DM 20,25
27. 12. 1972	Arbeitertreff Dortmund	DM 35,37
27. 12. 1972	Dortmund	DM 60,65
28. 12. 1972	anonym aus München	DM 30,00
08. 01. 1973	KSB/ML Bochum	DM 292,56
08. 01. 1973	Erdinger Jugendliche	DM 100,00

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML

Erklärung des ehemaligen MLKB:
Bielefeld, den 20. 12. 1972

Der 'Marxistisch-leninistische Kampfbund/Ostwestfalen' hat sich mit überwiegender Mehrheit der politischen Linie der Partei der westdeutschen und westberliner Arbeiterklasse, der KPD/ML, untergeordnet und ihren Spalterzirkel aufgelöst. *

Während wir uns in muffige Seminarräume zurückzogen und dort immer wieder neue Theorien aufstellten, die beweisen sollten, dass die Intelligenz die Führung im Klassenkampf haben müsste und die Arbeiterklasse ein 'durch und durch bürgerliches Bewusstsein' hätte, entwickelte die KPD/ML in den wesentlichen programmatischen Fragen eine korrekte Linie. Während wir die Praxis einstellten und keine Betriebszeitungen mehr herausgaben und uns immer weiter von der Arbeiterklasse entfernten, überwand die KPD/ML sektiererische Fehler und erzielte grosse Erfolge beim weiteren Parteiaufbau, bei der Gewinnung der Vorhut des Proletariats. Während wir das Zirkelunwesen als 'historisch fortschrittlich' betrachteten, die Theorie vom perfekten und absoluten Parteiaufbau entwickelten (erst Programm ausarbeiten, dann Partei gründen durch Vereinigung aller Zirkel), bekämpfte die KPD/ML konsequent das Zirkelunwesen und Liquidatorentum. Wieder einmal zeigte sich:

DIE BOLSCHEWISTISCHE PARTEI IST STÄRKER ALS ALLE LIQUIDATOREN!

* (Es handelt sich um einen Zirkel, der nach der Säuberung der KPD/ML von den Liquidatoren entstanden ist.)

FÜR DIE EINHEIT ALLER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML!
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!
DIE BOLSCHEWISTISCHE PARTEI IST STÄRKER ALS ALLE LIQUIDATOREN!

RM: Genossen, Euer konsequenter Schritt zeigt, dass die Einheit aller Marxisten-Leninisten und aller ehrlichen Revolutionäre in einer einzigen Partei, in der KPD/ML voranschreitet. Immer noch verschwenden einige Häuptlinge von Spaltergruppen viel Zeit und Papier, um zu beweisen, dass es noch keine Partei gebe, oder dass ihre Spaltergründungen die 'Partei' wären – auf keinen Fall aber die KPD/ML. Trotzdem zeichnet sich die Tendenz der Einheit der ML in der täglich erstarkenden KPD/ML aber immer deutlicher ab.

Das ist ein Ergebnis des Scheiterns aller Versuche, die Grenze zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus zu verwischen, das ist ein Beweis für das Anwachsen der revolutionären proletarischen Bewegung. Wie die albanischen Genossen in Radio Tirana am... aus den Stellungnahmen der Partei hervorhoben, wird das Jahr 1973 ein Jahr der Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML werden.

Über 100 neue Genossen aus Bielefeld sind zu uns gestossen, auch sie werden zur weiteren Stärkung, zur Verbesserung der Politik unserer Partei und der Überwindung vorhandener Schwächen auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus beitragen. Die Einheit im Klassenkampf schmieden – um noch grössere Siege im Interesse der proletarischen Revolution zu erringen!

Selbstkritik

Im Roten Morgen Nr. 22/72 wird vom Kampf der Opelarbeiter des Bochumer Werkes gegen den faschistischen Terror berichtet. In diesem Artikel wird dabei über eine interne Auseinandersetzung in der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe geschrieben und einige Kollegen der Betriebsratsliste 2 unsolidarisch angegriffen.

Dieses öffentliche Eingreifen in die Diskussion innerhalb der Gewerkschaftsopposition widerspricht der Linie der Partei in dieser Frage. Die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Gewerkschaftsopposition von der Partei muss gewahrt sein. Der Vorwurf des Opportunismus an einige Kollegen in den Fragen der Taktik beim Opelstreik muss und kann nur innerhalb der GO geklärt werden. Stattdessen hat der RM-Bericht hier eingegriffen.

Die letzte Betriebsversammlung bei Opel-Bochum hat gezeigt, dass die Opelarbeiter gegen die Bonzen auf der Seite der Liste 2 stehen. Das ist ein Beweis für den Erfolg und die Richtigkeit der gewerkschaftsoppositionellen Organisierung gegen die gekaufte IGM-Führung und Perschke & Co. Der stürmische Beifall der Kollegen für die oppositionellen Betriebsräte bei Opel zeigt auch, dass die Oppositionsbewegung immer mehr erstarkt und heute bereits ein Hebel ist, zur selbständigen Führung des Kampfes durch die Arbeiterklasse.

Der Beitrag, den unsere Partei in der Gewerkschaftsopposition leisten muss, ist die geduldige und solidarische Überzeugungsarbeit gegenüber den Kollegen, die noch Widersprüche über die Art und Weise revolutionärer Gewerkschaftspolitik haben. Jede Ungeduld und jedes sektiererische Vorgehen von Parteigenossen in der GO schadet dem gemeinsamen Kampf. Unsere Genossen müssen mehr als bisher auch das marxistisch-leninistische Prinzip: 'Aus den Massen schöpfen, in die Massen hineintragen,' berücksichtigen. Die Kritik der Opel-Kollegen muss ernst genommen werden. Die gewerkschaftsoppositionellen Kollegen der Liste 2 bei Opel Bochum sind ein fester Bestandteil der Opposition in den DGB-Gewerkschaften. Kämpfen wir gemeinsam für eine einheitliche und starke, revolutionäre Gewerkschaftsopposition! Gegen das Kapital und seine Handlanger in der DGB-Führung!


Die Jugend Albaniens auf der Fahrt zum Arbeitseinsatz

Spitzhacke und Gewehr

RG - Vertreter auf Jugendkongreß in Albanien

Vom 21. bis 25. Oktober 1972 fand in Durres der 6. Kongress des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens statt. Ein Vertreter der Roten Garde, der an dem Kongress teilnahm, berichtet:

"DIE ALBANISCHE JUGEND SCHREITET VORWÄRTS AUF DEM WEG ZUM SIEG!"

Der Eröffnungstag des Kongresses war ein grosser Tag für die Jugend Albaniens. Gäste aus aller Welt, aus allen 5 Kontinenten waren gekommen, um an diesem Kongress teilzunehmen. Es war für die Rote Garde, die Jugendorganisation unserer Partei, der KPD/ML, für die deutsche Arbeiterjugend eine grosse Ehre, hier dabeisein zu können. Die Gäste wurden mit nicht endenwollendem Beifall von den Delegierten begrüsst. Ein wahrer Beifallssturm brach aus, als das Politbüro der Partei der Arbeit Albaniens die Kongresshalle betrat.

Rudi Monari, der Vorsitzende des Jugendverbandes, eröffnete den Kongress mit einem Bericht über die Arbeit des Verbandes. Er sprach vom Einsatz der Jugendlichen bei der Erfüllung des 5-Jahres-Plans, von den Arbeitseinsätzen der Jungen und Mädchen, von ihrer grossen Aktivität beim Aufbau des Sozialismus. Aber er sprach nicht nur von den Erfolgen, sondern auch von den Aufgaben, die vor dem Verband der Jugend der Arbeit Albaniens liegen. Hier muss vor allem der Kampf zur Befreiung der Frau noch entschlossener weitergeführt werden. Der politischen und ideologischen Erziehung der Jugend muss noch mehr Gewicht gegeben werden. Genosse Rudi Monari betonte immer wieder, dass die Jugend sich an allen Kampffronten deutlich als die aktivste Kraft der Gesellschaft zeigt. Ihre Aufgabe wird es sein, das Werk der älteren Generation weiterzuführen. Der Bericht schloss mit einem Gruss an die Jugendlichen in der ganzen Welt.

Jetzt kamen Delegierte aus allen Teilen Albaniens zu Wort. Sie berichteten vom Kampf um den Aufbau des Sozialismus, dem Anteil der Jugendlichen daran. Aus jedem ihrer Worte spürte man die Begeisterung und die Opferbereitschaft, mit der die albanische Jugend im Kampf steht.


Albanienveranstaltung in Hamburg

Delegierte berichten

Ein junger Delegierter aus einem Kupferbetrieb erzählte, er sei früher Student gewesen. Eines Tages hörte er, dass ein Arbeiter aus dem Kupferbetrieb seiner Stadt tödlich verunglückt sei. Sofort entschloss er sich, dessen Stelle einzunehmen. Ein anderer Delegierter berichtete, wie seine Gruppe bei der Nachricht von einem drohenden Unwetter, in einer einzigen Nacht ein viele Hektar grosses Feld abgeerntet und so die Ernte gerettet hatte. Dann sprach eine Schülerin aus einer Militärakademie. Sie sprach vom grossen Ruhm der albanischen Volksbefreiungsarmee und betonte die Notwendigkeit, sie zu einer unbeugsamen Waffe zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften zu machen. Ein anderer Delegierter berichtete davon, wie Jugendliche eine dringend benötigte Pumpe selbst herstellten, statt sie aus dem Ausland importieren zu lassen, um dem sozialistischen Staat die Devisen zu ersparen. Eine Genossin einer Werft berichtete, dass durch die grossartige Unterstützung der Jugend Albaniens in diesen Tagen das erste Ganzmetall-Schiff vom Stapel lief. Es trägt den Namen: 6. Kongress des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens.

Diese Beiträge zeigen ganz klar, dass die Jugend eine entscheidende Kraft beim Aufbau des Sozialismus in Albanien ist. Das betonte auch der Sprecher des Polit-Büros der Partei der Arbeit Albaniens, der im Namen aller Werktätigen Albaniens die Teilnehmer des Kongresses begrüsste.

Die Gäste aus aller Welt beglückwünschten die Jugend Albaniens zu diesem erfolgreichen Kongress und versicherten der heldenhaft kämpfenden albanischen Jugend und dem heroischen albanischen Volk ihre kämpferische Solidarität. Diese Grussbotschaften wurden von den Delegierten mit grosser Begeisterung aufgenommen. In Resolutionen drückte die Jugend Albaniens ihre Entschlossenheit aus, Seite an Seite mit der Jugend der ganzen Welt den Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus zu führen.

Zum Abschluss des Kongresses kam es noch einmal zu begeisterten Sprechchören zu Ehren der Partei der Arbeit Albaniens. "Die Partei ruft, wir kommen", klang es durch die Halle.

Der grosse Erfolg dieses Kongresses wird die albanische Jugend zu noch grösseren Anstrengungen anspornen, wird die Grundlage noch grösserer Erfolge, noch engerer Verbundenheit mit der Partei der Arbeit sein. Aber nicht nur das. Seine Bedeutung geht weit über die Grenzen Albaniens hinaus. Er zeigt der ganzen Welt, wie dieses Land mit seiner Jugend in Riesenschritten beim Aufbau des Sozialismus vorwärtsschreitet. Er zeigt auch uns klar den Weg:

VORWÄRTS ZUM SOZIALISMUS!

ES LEBE DAS SOZIALISTISCHE ALBANIEN!

ES LEBE DER VERBAND DER ARBEITENDEN JUGEND ALBANIENS!

ES LEBE DIE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS!

ES LEBE ENVER HOXHA!



Kontaktadresse:

Bauern rechnen ab

Am Silvester 1972 ist mancher Bauer dabei, statt sich auf 1973 zu freuen, 1972 durchzurechnen. Was bleibt unterm Strich? Nichts! Nur rote Zahlen!

Mit diesem Silvester endete die Antragsfrist für Mittel aus dem Ertlplan. Dieser Plan ist auf dem Land viel zu spät und unzureichend bekannt gemacht worden. Ausserdem sind die Broschüren über diesen Plan in solchem Deutsch, dass nicht einmal Fachleute richtig durchsteigen.
Hat man sich als Kleinbauer dann aber doch endlich durchgebissen, dann stellt man fest, dass nur ohnehin schon Reiche Geld kriegen. Man liegt unter der Förderungsschwelle.

Aber man hat sich ausser dem Ertlplan noch was einfallen lassen, um kleine Höfe kaputt zu machen:
Silvester 1972 endete in vielen Gegenden Westdeutschlands auch die Kannenabholung für Milchbauern.
Nun wird die Milch nur noch alle zwei Tage abgeholt. Damit sie dann nicht sauer wird, muss der Bauer einen Kühlraum mit Kühlwanne und Tauchkühler bauen. Für Grossbauern, die ihren Hof meist schon lange damit ausgerüstet haben, ist das kein Problem, aber was macht der Kleinbauer?

Ein Bauer aus der Gesamtgemeinde Boldecker Land (Niedersachsen):
"Ich musste über 5 000 Mark für die Kühlanlage bezahlen, obwohl ich eine Menge in Eigenarbeit dazu beitrug. Das ist bei meinen 6 Milchkühen natürlich eine wahnsinnige Belastung. Mit anderen Bauern in der Nachbarschaft zusammentun konnte ich mich auch nicht, die sind schon lange pleite und gehen ins Werk (VW Wolfsburg). Geld vom Staat ist auch in hinreichender Menge nicht drin, da diese Massnahme ja gegen mich als Kleinbauer gerichtet war, um mich mit der neuen Auflage in die Knie zu zwingen. Würde mein Vater nicht seine Rente mit in den Hof stecken und würde ich nicht meine eigene Kriegsversehrtenrente haben, wir würden schon längst kaputt sein."

Wie dieser Bauer erkennen aber immer mehr, dass in Bonn nicht ihre Regierung sitzt, sondern die Regierung des Grosskapitals. Die werktätigen Bauern haben sich schon in den vielen Kämpfen der letzten Jahre gegen die zunehmende Ausplünderung gewehrt.

Sie dürfen bei diesen Kämpfen nicht auf die falschen Freunde der braunen oder schwarzen Reaktion hören – die wollen die Herrschaft der Monopolbourgeoisie genausowenig angreifen, wie die jetzige Regierung.
Die werktätigen Bauern haben nur einen wirklichen Freund: Die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei. Arbeiter und werktätige Bauern, kämpft Seite an Seite für den Sozialismus!



Fondateur: Honoré WILLEMS, fusillé par les nazis le 29 février 1944

"Deutsche Besatzer wieder da!"

Die Zeitung unserer belgischen Bruderpartei PCMLB (Kommunistische Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten) druckte in Nr. 189 der 'Clarte' folgenden Artikel ab:

Am 30. Oktober, kurz vor 19 Uhr, hat die 'Agence Belga' über ihre Fernschreiber folgende Nachricht verbreitet; die wir so wie sie ist, wiedergeben:
"int/50 bouillon 30/10 (belga)-
Die NATO-Basis, die von der Gemeinde von Sugny überlassen worden ist und die ein Gebiet von 10 ha umfasst, wird gegenwärtig von deutschen Militärs geführt.

Es handelt sich um ein Materiallager, welches mehrere Dutzend Gebäude umfasst, deren Bauweise an die von Iglus erinnert: mehrere hunderttausend Francs sind investiert worden in die Arbeiten zum Ausbau und von Neubauten. Die NATO wird ohne Zweifel Wachen für die Lager und Personal zur Unterhaltung aus Sugny und den benachbarten Gegenden einziehen ... hjc/wh (607) belga 18.56."

Diese Nachricht ist unseres Wissens von keiner belgischen Zeitung wiedergegeben worden, geschweige kommentiert worden. Diese Taktik des verschlossenen Mundes, die im trauten Verein von der gesamten Presse des Regimes durchgeführt wird, lässt einen bald an Direktiven denken, die sich auf die 'höheren Interessen des Vaterlandes' beziehen.

Diese Nachricht ist offensichtlich nicht für die ganze Welt verlorengegangen, denn ein 'kleiner boshafter Gott' hat sie auf den Tisch unserer Redaktion gebracht.

Unser Kommentar ist kurz, denn die Information spricht für sich selbst. Fassen wir zusammen:

Eine belgische Gemeinde veräussert einen Teil ihres Gebietes zugunsten einer ausländischen Armee, ein vollkommen verfassungswidriger Akt, den jedoch die Regierung, das Parlament, der Staatsrat für vollkommen normal erachten.
Die NATO-Basis, die auf diese Art und Weise gebildet worden ist, wird den westdeutschen Militärs anvertraut, die auf diesem Weg die Freuden des Besatzertums wiedererstehen lassen. Übrigens gibt es nicht unter den Offizieren, welche, die an der Besetzung Belgiens von Mai 1940 bis September 1944 teilgenommen haben?

Diese westdeutsche Armee wird Lagerwächter anstellen. Sind diese verpflichtet, die Uniform der wallonischen Wachen traurigen Angedenkens anzulegen? Ebenso wird Personal zur Unterhaltung eingestellt. Irgendwelche unglücklichen Männer oder Frauen, die in den industriell rückständigen Ardennen die Befehle der Feldwebel, die Verachtung der Revanchisten und die niedrigen Löhne annehmen müssen."